

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

US-Politik und «falsches Narrativ des Westens» schüren Spannungen mit Russland und China

Interview von Amy Goodman und Juan González mit Jeffrey Sachs



Jeffrey Sachs
(Bild <https://commons.wikimedia.org>)

Amy Goodman: Wie Politico [am 29. August 2022¹] berichtet, bereitet sich die Biden-Administration darauf vor, den Kongress um die Genehmigung eines neuen Waffenverkaufs an Taiwan im Wert von 1,1 Milliarden Dollar zu bitten. Das Paket soll 60 Anti-Schiffs-Raketen und 100 Luft-Luft-Raketen umfassen. Dies, nachdem zwei US-Kriegsschiffe am Sonntag [28. August] durch die Strasse von Taiwan fahren – zum erstenmal seit dem Besuch der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan Anfang des Monats. China verurteilte den Besuch und begann mit grösseren Militärübungen in der Nähe von Taiwan. Derweil kündigte Präsident Biden letzte Woche drei Milliarden Dollar an zusätzlicher Militärhilfe für die Ukraine an, darunter auch Geld für Raketen, Artilleriegeschosse und Drohnen, um die ukrainischen Streitkräfte im Kampf gegen Russland zu unterstützen. Wir beginnen die heutige Sendung mit einem Blick auf die US-Politik gegenüber Russland und China. Bei uns zu Gast ist der Ökonom Jeffrey Sachs, Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University und Präsident des UN Sustainable Development Solutions Network und ehemaliger Berater von drei UN-Generalsekretären. Sein jüngster Artikel trägt die Überschrift «The West's false narrative about Russia and China». Den Artikel beginnt er mit den Worten: «Die Welt steht am Rande einer nuklearen Katastrophe, und zwar zum grossen Teil deshalb, weil die politischen Führer des Westens es versäumt haben, die Ursachen der eskalierenden globalen Konflikte offen anzusprechen.» Jeffrey Sachs, willkommen bei Democracy Now. Wie wäre es, wenn Sie hier weitermachen?

Jeffrey Sachs: Schön, bei Ihnen zu sein.

Was sollten die Menschen im Westen der Welt bezüglich der aktuellen Geschehnisse in den Konflikten mit Russland, mit Russland und der Ukraine und mit China verstehen?

Der wichtigste Punkt, Amy, ist, dass wir nicht auf Diplomatie setzen, sondern auf Waffen. Der jetzt angekündigte Verkauf an Taiwan, von dem Sie gesprochen haben, ist nur ein weiteres Bei-

«Die gleiche Fehlinformation gab es auch gegenüber Syrien. Die westliche Presse ist voll von Schuldzuweisungen gegen die militärische Unterstützung des russischen Präsidenten Wladimir Putin für den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad seit 2015, ohne zu erwähnen, dass die USA den Sturz von al-Assad seit 2011 unterstützten, wobei die CIA eine umfangreiche Zusammenarbeit (Timber Sycamore*) finanzierte, um Assad zu stürzen, Jahre bevor Russland kam.»

* Timber Sycamore: Name der verdeckten CIA-Operation zur Ausbildung und Bewaffnung sogenannter gemässigter syrischer Rebellen]

Sachs, Jeffrey. «Das westliche Narrativ über Russland und China.» In: Consortium News vom 24.8.2022; <https://consortiumnews.com/2022/08/24/the-western-narrative-on-russia-china/>

«Es ist sinnvoll, mit dem Ende der Sowjetunion vor 30 Jahren zu beginnen, als sich einige amerikanische Politiker in den Kopf gesetzt hatten, dass es nun eine, wie sie es nannten, unipolare Welt gebe, dass die USA die einzige Supermacht seien und wir das Sagen hätten. Die Folgen waren katastrophal.»

spiel dafür. Das macht Taiwan nicht sicherer, das macht die Welt nicht sicherer, das macht die Vereinigten Staaten bestimmt nicht sicherer. Das geht weit zurück, ich denke, es ist sinnvoll, mit dem Ende der Sowjetunion vor 30 Jahren zu beginnen, als sich einige amerikanische Politiker in den Kopf gesetzt hatten, dass es nun eine, wie sie es nannten, unipolare Welt gebe, dass die USA die einzige Supermacht seien und wir das Sagen hätten. Die Folgen waren katastrophal. Wir haben nun drei Jahrzehnte der Militarisierung amerikanischer Aussenpolitik erlebt. Eine neue Datenbank, die die Tufts-[University] unterhält, hat gerade gezeigt, dass die Vereinigten Staaten seit 1991 mehr als 100 militärische Interventionen durchgeführt haben. Es ist wirklich unglaublich, und ich habe in den letzten 30 Jahren, in denen ich viel in Russland, in Mitteleuropa, in China und in anderen Teilen der Welt gearbeitet habe, selbst erlebt, dass die Herangehensweise der USA im Ansatz «zuerst militärisch» und oft auch «ausschliesslich militärisch» ist. Wir rüsten auf, wen wir wol-

würde unsere Sicherheit gefährden, lasst uns diplomatisch vorgehen.» Die Vereinigten Staaten lehnten jede Diplomatie ab. Ende 2021 habe ich versucht, das Weisse Haus zu kontaktieren; das heisst ich habe es kontaktiert und gesagt, es werde Krieg geben, wenn die USA keine diplomatischen Gespräche mit Präsident Putin über diese Frage der Nato-Erweiterung aufnehmen. Mir wurde gesagt, die USA würden das niemals tun, das sei vom Tisch, und es war vom Tisch. Nun haben wir einen Krieg, der ausserordentlich gefährlich ist, und wir greifen in Ostasien zu genau derselben Taktik, die zum Krieg in der Ukraine geführt hat: Wir organisieren Allianzen, wir rüsten auf, weisen China zurecht, lassen Sprecherin Pelosi nach Taiwan fliegen, als die chinesische Regierung sagte: «Bitte senkt die Temperatur, baut die Spannungen ab.» Wir sagen nein, wir machen, was wir wollen, und schicken jetzt mehr Waffen. Das ist ein Rezept für einen weiteren Krieg. Meiner Auffassung nach ist das erschreckend: Wir haben den sechzigsten Jahrestag der Kuba-

«Der wichtigste Punkt [...] ist, dass wir nicht auf Diplomatie setzen, sondern auf Waffen. [...] Wir haben nun drei Jahrzehnte der Militarisierung amerikanischer Aussenpolitik erlebt. Eine neue Datenbank, die die Tufts-[University] unterhält, hat gerade gezeigt, dass die Vereinigten Staaten seit 1991 mehr als 100 militärische Interventionen durchgeführt haben. [...] Es war ein Plan, und dieser neokonservative Plan hat jetzt an zwei Fronten Hochkonjunktur: in der Ukraine und in der Strasse von Taiwan. »

len. Wir fordern die Nato-Erweiterung, ohne Rücksicht darauf, was andere Länder dazu hinsichtlich Schädigung ihrer Sicherheitsinteressen sagen. Wir wischen die Sicherheitsinteressen anderer weg, und wenn sie sich beschweren, liefern wir mehr Rüstungsgüter an unsere Verbündeten in dieser Region. Wir ziehen in den Krieg, wann wir wollen und wo wir wollen, sei es in Afghanistan oder im Irak oder im verdeckten Krieg gegen Assad in Syrien, der bis heute von der amerikanischen Bevölkerung nicht richtig verstanden wird. Oder der Krieg in Libyen. Und wir sagen, wir seien friedliebend. «Was ist los mit Russland und China, sie sind so kriegerisch, sie sind darauf aus, die Welt zu untergraben.» Und wir enden in schrecklichen Konfrontationen. Der Krieg in der Ukraine, nur um die einleitende Betrachtung abzuschliessen, hätte durch Diplomatie vermieden werden können und hätte durch Diplomatie vermieden werden müssen. Seit Jahren hat der russische Präsident Putin gesagt: «Erweitert die Nato nicht bis ans Schwarze Meer, nicht auf die Ukraine und schon gar nicht auf Georgien.» Letzteres liegt, wenn man sich die Karte ansieht, direkt am östlichen Rand des Schwarzen Meeres. Russland sagt: «Damit würde man uns einkreisen, das

Krise, die ich mein ganzes Leben lang studiert habe und über die ich geschrieben habe; ich habe ein Buch über die Nachwirkungen geschrieben. Wir fahren auf den Abgrund zu, und wir sind von unserem Enthusiasmus erfüllt, während wir das tun. Es ist einfach unverantwortlich gefährlich und starrköpfig, die ganze Herangehensweise der US-Aussenpolitik. Und sie wird von beiden Parteien getragen.

Juan González: Jeffrey Sachs, ich wollte Sie etwas fragen. In einem kürzlich auf Consortium News veröffentlichten Artikel erwähnten Sie unter anderem das Beharren der Vereinigten Staaten – die dabei auch Europa mitziehen –, ihre Hegemonie überall auf der Welt aufrechtzuerhalten, in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Macht des Westens abnimmt. Sie haben zum Beispiel erwähnt, dass die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren und ein grösseres BIP haben als die G-7-Staaten. Und doch werden ihre Interessen und ihre Anliegen ziemlich abgetan, oder sie werden dem amerikanischen Volk wie im Falle Russlands und Chinas unübersehbar als Aggressoren und Autoritäre

«Wir greifen in Ostasien zu genau derselben Taktik, die zum Krieg in der Ukraine geführt hat: Wir organisieren Allianzen, wir rüsten auf, weisen China zurecht, lassen Sprecherin Pelosi nach Taiwan fliegen, als die chinesische Regierung sagte: «Bitte senkt die Temperatur, baut die Spannungen ab.» Wir sagen nein, wir machen, was wir wollen, und schicken jetzt mehr Waffen. Das ist ein Rezept für einen weiteren Krieg.»

dargestellt, als diejenigen, die für Unruhe in der Welt sorgen.

Ja, allerdings. Es ist äusserst wichtig, sich damit zu befassen. Die unverhältnismässige Macht der westlichen Welt und insbesondere der angelsächsischen Welt, die mit dem Britischen Empire begann und jetzt die Vereinigten Staaten umfasst, ist etwa 250 Jahre alt, also eine kurze Periode in der Weltgeschichte. Das geschah aus vielen sehr interessanten Gründen: Die Industrielle Revolution kam zuerst nach England, die Dampfmaschine wurde dort erfunden. Das ist vielleicht die wichtigste Erfindung der modernen Geschichte. Grossbritannien wurde im 19. Jahrhundert militärisch so dominant, wie es die Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren. Grossbritannien hatte das Sagen. Grossbritannien hatte ein Empire, in dem die Sonne nie unterging, und der Westen, das heisst die Vereinigten Staaten und Westeuropa, das heisst jetzt die USA und die Europäische Union, das Vereinigte Königreich, Kanada, Japan, mit anderen Worten die G7 und die Europäische Union zusammen, umfassen einen kleinen Teil der Weltbevölkerung, vielleicht 10 Prozent, ein bisschen mehr, vielleicht 12,5 Prozent, wenn man Japan zu Westeuropa und den USA hinzufügt. Aber die Denkweise ist: Wir regieren die Welt. Und so war es 200 Jahre lang in diesem Industriezeitalter.

Aber die Zeiten haben sich geändert. Seit den 1950er Jahren hat der Rest der Welt, als er seine Unabhängigkeit vom europäischen Imperialismus erlangte, begonnen, seine Bevölkerungen auszubilden, Technologien anzunehmen und anzupassen und Innovationen einzubringen. Und siehe da: Es war nicht wirklich so, dass ein kleiner Teil die Welt beherrschte, er hatte kein Monopol auf Weisheit oder Wissen oder Wissenschaft oder Technologie. Und das ist wunderbar: Das Wissen und die Möglichkeit, ein Leben in ordentlichen Verhältnissen zu führen, breitet sich in der ganzen Welt aus. Allerdings besteht in den Vereinigten Staaten eine Abneigung dagegen, eine tiefe Abneigung, und ich glaube, es herrscht auch eine enorme historische Ignoranz, denn ich glaube, viele US-Führer haben keine Ahnung von moderner Geschichte. Aber sie verübeln China seinen Aufstieg – das ist ein Affront gegen die Vereinigten Staaten, wie kann China es wagen, aufzusteigen, das ist unsere Welt, das ist unser Jahrhundert. Und so habe ich ab 2014 gesehen und im Detail beobachtet, weil es meine tägliche Arbeit ist, wie die Vereinigten Staaten China Schritt um Schritt von einem Land, das sich von anderthalb Jahrhunderten grosser Schwierigkeiten erholt, zu einem Feind umschreiben.

Wir begannen bewusst, es zu einer Angelegenheit amerikanischer Aussenpolitik zu machen, zu sagen, dass wir Chinas Aufstieg eindämmen müssten. Chinas Aufstieg sei nicht mehr in unserem Interesse – als ob es an den Vereinigten Staaten wäre, zu bestimmen, ob China prosperiert oder nicht. Die Chinesen sind nicht naiv, sie sind vielmehr ausserordentlich gebildet. Sie haben das alles genau so beobachtet wie ich.

Die Autoren der US-Texte kenne ich, es sind meine Kollegen in Harvard und an anderen Orten. Ich war schockiert, als diese Art von Eindämmungsidee angewandt wurde. Der grundlegende Punkt allerdings ist, dass der Westen die Welt für eine kurze Zeitspanne von 250 Jahren angeführt hat, wir aber glauben, das sei unser Recht, dies sei eine westli-

Zum «Grossen Spiel der Mächte»

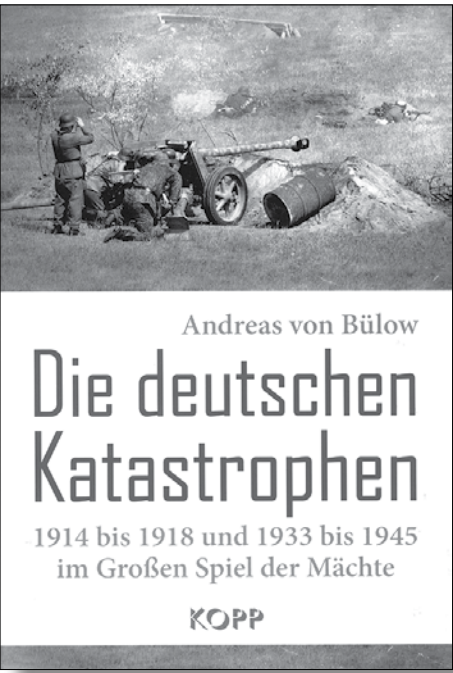
ds. 2015 veröffentlichte *Andreas von Bülow* – 1937 geboren und von 1969 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, unter anderem in der Parlamentarischen Kontrollkommission der Geheimdienste, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verteidigung und Bundesminister für Forschung und Technologie unter *Helmut Schmidt* – sein Buch «Die deutschen Katastrophen. 1914 bis 1918 und 1933 bis 1945 im Grossen Spiel der

Mächte». Darin zeigt er auf, dass die beiden Weltkriege «nur im Zuge des weltweiten Kampfes um die Neuverteilung von Macht» verstanden werden können. «Internationale Spannungen», schreibt von Bülow, «führen nur dann zum Krieg, wenn das langfristige Kalkül der im Hintergrund agierenden Grossmächte die Zeit für gekommen hält. Dabei kommt der Haltung der Nummer eins unter den Grossmächten in der

Regel die entscheidende Rolle zu. Dies war 1914 ohne Zweifel immer noch Grossbritannien, spätestens ab 1918 in dieser Rolle abgelöst von den Vereinigten Staaten von Nordamerika.» (S. 27)

England und die USA verfolgten im Ersten und im Zweiten Weltkrieg ihre eigenen Ziele: Grossbritannien folgte einer 400jährigen Tradition, stets gegen die stärkste Macht auf dem europäischen Kontinent vorzugehen und dabei die zweit- und drittrangigen Mächte in den Kampf einzuspannen. Die Vereinigten Staaten wurden durch riesige Kriegsgewinne im Verlauf beider Kriege wirtschaftlich, finanziell und militärisch zur bestimmenden Grossmacht und lösten Grossbritannien als Nummer eins ab.

Das «Grosse Spiel der Mächte» folgt seinen eigenen Regeln, schreibt von Bülow. Als oberstes Gebot gelte, unter allen Umständen zu verhindern, dass sich eine Konkurrenzstruktur entwickeln könne. 1941 habe der amerikanische Präsident *Truman* die zynische Philosophie des «Grossen Spiels» auf den Punkt gebracht, als er formulierte: «Wenn Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, wenn jedoch Russland siegt, sollten wir Deutschland helfen, lasst sie sich doch gegenseitig so weit wie möglich ausrotten.» (S. 384) Und damit sich möglichst viele gegenseitig ausrotten



ISBN 978 986 4451 690

konnten, finanzierten englische und amerikanische Grossbanken beide Seiten. – Die Sowjetunion hat die Hauptlast des Kriegs gegen *Hitler* getragen und hatte 27 Millionen Tote zu beklagen.

Menschenleben zählen im «Grossen Spiel der Mächte» nicht.

«US-Politik und «falsches Narrativ ...»

Fortsetzung von Seite 1

che Welt, wir sind die G7, wir dürften bestimmen, wer die Spielregeln schreibt. Tatsache ist, dass *Obama*, einer der Besseren im Spektrum dessen, was wir an Aussenpolitik haben, sagte: Lasst uns die Handelsregeln für Asien schreiben, China soll keine dieser Regeln schreiben. Das ist eine unglaublich naive und gefährliche und unzeitgemässe Art und Weise, die Welt zu verstehen. Wir in den Vereinigten Staaten sind 4,2 Prozent der Weltbevölkerung. Wir regieren nicht die Welt. Wir sind nicht der Anführer der Welt. Wir sind ein Land mit 4,2 Prozent der Bevölkerung in einer grossen, vielfältigen Welt, und wir sollten lernen, miteinander auszukommen, friedlich im Sandkasten zu spielen und nicht zu verlangen, dass wir alle Spielsachen im Sandkasten haben. Wir haben diese Denkweise noch nicht überwunden, sie betrifft beide politischen Parteien, es ist das, was Sprecherin Pelosi dazu motiviert, mitten in all dem nach Taiwan zu reisen, als ob sie das wirklich tun müsste, um die Spannungen zu schüren. Aber es ist die Denkweise, wonach die USA das Sagen haben.

Ich möchte ein wenig in die 1990er Jahre zurückgehen. Sie erinnern sich sicher an den enormen finanziellen Zusammenbruch, der in Mexiko in den 1990er Jahren stattfand, als die Clinton-Regierung 50 Milliarden Dollar für die Rettung Mexikos bewilligte, die in Wirklichkeit Wall-Street-Investoren zugute kamen. Zu dieser Zeit berieten Sie die postsowjetische russische Regierung, die damals ebenfalls grosse finanzielle Probleme hatte, aber nicht in der Lage war, nennenswerte westliche Hilfe zu erhalten, auch nicht vom Internationalen Währungsfonds. Sie standen dem damals kritisch gegenüber. Es würde mich interessieren, ob Sie etwas zu den Unterschieden sagen könnten, wie die USA auf die Mexiko-Krise im Vergleich zur russischen Finanzkrise reagierten, und was davon möglicherweise Wurzeln für die heutige Situation in Russland gewesen sein könnten. Ja. Ich hatte ein kontrolliertes Experiment, denn ich war Wirtschaftsberater sowohl für Polen als auch für die Sowjetunion im letzten Jahr von Präsident *Gorbatschow* und für Präsident *Jelzin* in den ersten beiden Jahren der russischen Unabhängigkeit 1992–1993. Meine Aufgabe war es, Russland dabei zu helfen, einen Weg zu finden, um, wie Sie es beschrieben haben, eine massive Finanzkrise zu bewältigen. Meine grundlegende Empfehlung in Polen und dann in der Sowjetunion und in Russland war, eine gesellschaftliche Krise und eine geopolitische Krise zu vermeiden. Die reiche westliche Welt sollte dabei helfen, diese aussergewöhnliche Finanzkrise einzudämmen, die mit dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion stattfand.

Interessanterweise habe ich im Falle Polens eine Reihe sehr spezifischer Empfehlungen

«Als Präsident *Putin* ins Amt kam, war er nicht antieuropäisch, er war nicht antiamerikanisch. Was er jedoch sah, war die unglaubliche Arroganz der Vereinigten Staaten, die Ausweitung der Nato, die Kriege im Irak, der verdeckte Krieg in Syrien, der Krieg in Libyen gegen die UN-Resolution. [...] Es gab keinen linearen Determinismus, es war Schritt um Schritt US-Arroganz, die dazu beigetragen hat, uns dahin zu bringen, wo wir heute sind.»

gegeben, die von der US-Regierung alle angenommen wurden: Man richtete einen Stabilisierungsfonds ein, erliess einen Teil der polnischen Schulden und ermöglichte viele finanzielle Manöver, um Polen aus den Schwierigkeiten herauszuholen. Und wissen Sie, ich klopfte mir selbst auf die Schulter. Oh, sehen Sie sich das an, ich habe eine Empfehlung abgegeben, und eine davon, die einen Stabilisierungsfonds in Höhe von einer Milliarde Dollar vorsah, wurde innerhalb von acht Stunden vom Weissen Haus angenommen. Also, dachte ich mir, das ist ziemlich gut. Dann kam der analoge Appell zunächst im Namen von *Gorbatschow* in den letzten Tagen [seiner Amtszeit] und danach von Präsident *Jelzin*. Alles, was ich empfohlen habe und was auf der gleichen Grundlage von Wirtschaftsdynamik beruhte, wurde vom Weissen Haus rundweg abgelehnt. Ich habe es nicht verstanden, das muss ich Ihnen sagen. Damals sagte ich: «Aber es hat in Polen funktioniert!» Sie starteten mich mit leerem Blick an. Tatsächlich sagte ein amtierender Aussenminister 1992: «Professor *Sachs*, es spielt keine Rolle, ob ich Ihnen zustimme oder nicht, es wird nicht geschehen.» Ich brauchte tatsächlich eine ganze Weile, um die zugrundeliegende Geopolitik zu verstehen. Es waren genau die Tage von *Cheney* und *Wolfowitz* und *Rumsfeld* und dem, was zum Projekt für das Neue Amerikanische Jahrhundert [Project for a New American Century PNAC] wurde, das heisst, für die Weiterführung der amerikanischen Hegemonie. Das hatte ich zu dem Zeitpunkt nicht gesehen, weil ich als Wirtschaftswissenschaftler darüber nachdachte, wie man zur Überwindung einer Finanzkrise beitragen könnte. Aber die unipolare Politik nahm Gestalt an, und das war natürlich verheerend, denn es führte zu einer massiven Finanzkrise in Russland. Sie brachte eine grosse Instabilität mit sich, die ihre eigenen Auswirkungen für die kommenden Jahre hatte. Was diese Leute aber trotz ausdrücklicher Versprechen an *Gorbatschow* und *Jelzin* darüber hinaus schon früh planten, war die Erweiterung der Nato. *Clinton* begann die Nato-Erweiterung mit den drei

mitteleuropäischen Ländern Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik. *George W. Bush jr.* fügte sieben Länder hinzu: Bulgarien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und die drei baltischen Staaten. Direkt gegen Russland. Im Jahr 2008 folgte der finale Akt, als sich die USA gegen den persönlich geäusserten Widerstand der europäischen Staats- und Regierungschefs – die europäischen Staats- und Regierungschefs sprachen damals mit mir unter vier Augen darüber – durchsetzten. 2008 sagte Bush, die Nato werde sich auf die Ukraine und Georgien ausdehnen. Und noch einmal: Nimmt man eine Karte zur Hand und sieht sich das Schwarze Meer an, zeigt sich das ausdrückliche Ziel, Russland im Schwarzen Meer einzukreisen. Es ist übrigens ein altes Playbook, das selbe Playbook wie dasjenige, das *Palmerston* 1853 bis 1856 im ersten Krim-Krieg verfolgte: Russland vom Schwarzen Meer her einkesseln und ihm die Möglichkeit nehmen, militärisch präsent zu sein und irgendeinen Einfluss auf das östliche Mittelmeer auszuüben. *Brzezinski* selbst sagte 1997, dass die Ukraine der geografische Dreh- und Angelpunkt für Eurasien sein würde. Was diese Neokons also in den frühen 1990er Jahren verfolgten, war der Aufbau einer unipolaren Welt durch die USA. Und sie zogen bereits zahlreiche Kriege in Erwägung, um die ehemaligen sowjetischen Verbündeten auszuschalten: Kriege, um *Saddam* zu stürzen, Kriege, um *Assad* zu stürzen, Kriege, um *Gaddafi* zu stürzen. Diese Kriege wurden alle in den nächsten 20 Jahren geführt. Sie waren ein komplettes Desaster, eine Katastrophe für diese Länder und schrecklich für die Vereinigten Staaten. Billionen von Dollars wurden verschwendet. Aber es war ein Plan, und dieser neokonservative Plan hat jetzt an zwei Fronten Hochkonjunktur: in der Ukraine und in der Strasse von Taiwan. Es ist ausserordentlich gefährlich, was diese Leute der amerikanischen Aussenpolitik antun, die wohl kaum eine Politik der Demokratie ist, sondern eine Politik einer kleinen Gruppe, welche die Idee hat, eine unipolare Welt und die Hegemonie der USA sei der Weg, den wir gehen müssten.

«Die Zeiten haben sich geändert. Seit den 1950er Jahren hat der Rest der Welt [...] begonnen, seine Bevölkerungen auszubilden, Technologien anzunehmen und anzupassen und Innovationen einzubringen. [...] Das Wissen und die Möglichkeit, ein Leben in ordentlichen Verhältnissen zu führen, breitet sich in der ganzen Welt aus.»

Amy Goodman: Jeffrey Sachs, wir haben nicht viel Zeit, aber da dies ein grosses Thema war, dass Naomi Klein Sie mit der Schock-Doktrin aufs Korn genommen hatte und über Sie sagte, dass Sie die Schocktherapie empfahlen: Können Sie einen Bogen schlagen von dem, was geschah, als die russische Wirtschaft aus den Fugen geriet, und den Bedingungen, die zur Invasion der Ukraine führten? Ich meine, wie hat die wirtschaftliche Katastrophe, die auf den Zusammenbruch der Sowjetunion folgte, zum Aufstieg der oligarchischen Klasse und zur Präsidentschaft von Wladimir Putin geführt? Ja, ich habe jahrelang versucht, *Naomi*, die ich sehr bewundere, zu erklären, dass das, was ich empfahl, finanzielle Hilfe war, sei es für Polen oder für die Sowjetunion oder für Russland. Ich war absolut entsetzt über den Betrug, die Korruption und die Werbegeschenke, und ich sagte das damals sehr deutlich und trat deswegen zurück, zum einen, weil der Versuch, westliche Hilfe zu bekommen, zwecklos war, aber auch, weil ich überhaupt nicht mochte, was da vor sich ging. Ich würde sagen, dass das Scheitern eines geordneten Vorgehens, das in Polen erreicht wurde, aber in der ehemaligen Sowjetunion scheiterte, weil es kein westliches konstruktives Engagement gab, definitiv eine Rolle bei der Instabilität in den 1990er Jahren spielte, definitiv eine Rolle beim Aufstieg der Oligarchenklasse spielte. Ich habe den USA und dem IWF und der *Weltbank* 1994/95 wirklich erklärt, was vor sich ging. Es war ihnen egal, weil sie dachten, das ist okay, das ist für *Jelzin*, vielleicht – all der Betrug in dem Kredite-für-Aktien-Ablauf. Allerdings denke ich, ist es wichtig zu sagen, dass es keinen linearen Determinismus gibt, auch nicht von Ereignissen wie diesen, die destabilisierend und sehr unglücklich und unnötig waren, bis zu dem, was jetzt passiert. Denn als Präsident *Putin* ins Amt kam, war er nicht antieuropäisch, er war nicht antiamerikanisch. Was er jedoch sah, war die unglaubliche Arroganz der Vereinigten Staaten, die Ausweitung der Nato, die Kriege im Irak, der verdeckte Krieg in Syrien, der Krieg in Libyen gegen die UN-Resolution. Wir haben also durch unsere eigene Unfähigkeit und Arroganz so viel von dem geschaffen, womit wir jetzt konfrontiert sind. Es gab keinen linearen Determinismus, es war Schritt um Schritt US-Arroganz, die dazu beigetragen hat, uns dahin zu bringen, wo wir heute sind.

¹ <https://www.politico.com/news/2022/08/29/biden-taiwan-arms-sales-congress-00054126>. *Politico* ist eine US-amerikanische Zeitung. 2007 in den Vereinigten Staaten gegründet, entwickelte sie sich laut *Wikipedia* zu einem der wichtigsten Medien im Washingtoner Politikbetrieb. Während der Sitzungszeiten des Kongresses erscheint sie fünfmal pro Woche, ansonsten wöchentlich. Seit 2015 erscheint in Brüssel eine europäische Ausgabe. 2021 Verkauf von *Politico* und *Politico Europe* an den Medienkonzern *Axel Springer*. (Anm. d. Red.)
Quelle: *Democracy now*. <https://www.youtube.com/watch?v=wmOePNsNFw0> vom 30.8.2022
(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Berichterstattung zur Ukraine: Gefährliches Wahrnehmungsmanagement mit Bildern und Worten

von Patrick Lawrence



Patrick Lawrence, langjähriger Auslands-korrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein letztes Buch ist «Time No Longer: Americans after the American Century», Yale, 2013. Auf Twitter fand man ihn bei @thefloutist, bis er ohne Begründung zensiert wurde. Seine Webseite lautet patricklawrence.us. Unterstützen Sie seine Arbeit über patreon.com/thefloutist.

Seit einigen Tagen lese ich vor allem in unabhängigen Publikationen, deren Glaubwürdigkeit ich nicht beurteilen kann, was in den Gebieten vor sich geht, die die ukrainischen Truppen vor kurzem zurückerobert haben. Es scheint, dass es sehr schnell zu gewalttätigen Vergeltungsaktionen kommt, bei denen diejenigen, die mit Russland sympathisieren, als «Kollaborateure» bezeichnet und ermordet oder verhaftet werden.

Man liest diese Berichte und hütet sich davor, sofort Schlüsse zu ziehen. Ist diese oder jene Veröffentlichung zuverlässig? Wie unabhängig ist sie? Wer sind die Autoren?

Gleichzeitig decken sich diese Berichte mit zahlreichen anderen, die schon einige Monate zurückliegen und in denen Einzelheiten über Autobomben, Schüsse aus nächster Nähe, Vergiftungen, Messerstechereien und Ähnliches berichtet werden. Bei den Opfern handelt es sich um Personen, die politische oder administrative Positionen auf lokaler oder Provinzebene innehaben, oder um Personen, die für eine Verhandlungslösung zwischen Moskau und Kiew eintreten, oder um Personen, die mit den Russen zusammengearbeitet haben, als diese noch vor Ort waren, oder einfach um Personen, die Russisch sprechen und eine gemeinsame Geschichte, Traditionen oder familiäre Bindungen haben, also eine Art «Mutterland»-Perspektive.

Man liest, man ist vorsichtig und man wundert sich.

Ukrainische Killerkommandos

Die «Washington Post» hat sich zu diesem Thema zu Wort gemeldet. David Stern berichtet seit 2009 über die Ukraine, offenbar als freier Mitarbeiter. Sein Artikel erschien am 8. September unter der Überschrift «Ukrainische Killerkommandos zielen auf russische Besatzer und Kollaborateure».¹

Wahrnehmungsmanagement

Wahrnehmungsmanagement ist ein Begriff aus dem US-Militär. Das US-Verteidigungsministerium (DOD) gibt diese Definition:

«Massnahmen zur Übermittlung und/oder Verweigerung ausgewählter Informationen und Indikatoren an ausländischer Zielgruppen, um ihre Emotionen, Motive und objektives Denkfähigkeit zu beeinflussen, sowie an Geheimdienstsysteme und Führungskräfte auf allen Ebenen, um offizielle Einschätzungen zu beeinflussen, was letztendlich zu ausländischem Verhalten und offiziellen Handlungen führt, die den Zielen des Urhebers zuträglich sind. Wahrnehmungsmanagement kombiniert auf verschiedene Weise Wahrheitsprojektion, Operationssicherheit, Tarnung und Täuschung sowie psychologische Operationen.»

Quelle: DOD Dictionary of Military and Associated Terms vom 12.4.2001 (geändert am 19.8.2009) (Übersetzung Zeit-Fragen)

«Wir werden mit Bildern und bestimmten aufgeladenen Wörtern überflutet, einem kalkulierten Sprachgebrauch, der darauf abzielt, dem Verwerflichen Legitimität zu verleihen, wie uns die Schreiberlinge der regierenden Klasse über den Konflikt in der Ukraine zu erklären vorgeben. Wie viel wissen die meisten von uns tatsächlich über diejenigen, die gegen die russischen Streitkräfte Krieg führen?»

Stern schreibt, dass diese Mordkampagne bis zum Beginn der Feindseligkeiten Ende Februar zurückreicht und bis heute fast 20 Opfer gefordert hat, die getötet oder bei Mordversuchen verletzt wurden. Er schreibt:

«Sie wurden erschossen, in die Luft gesprengt, erhängt und vergiftet – eine Reihe von Methoden, die die Entschlossenheit der ukrainischen Killerkommandos und Saboteure widerspiegeln, die oft tief im vom Feind kontrollierten Gebiet operieren. Die Unberechenbarkeit der Anschläge soll jeden in Angst und Schrecken versetzen, der bereit sein könnte, in den von Russland geschaffenen Marionettenregierungen mitzuarbeiten, um Scheinreferenden zu inszenieren und schließlich die besetzten Gebiete zu annektieren.»

Ich vermag die Glaubwürdigkeit der «Washington Post» eher zu beurteilen, da ich einige Jahrzehnte als Redakteur bei grossen Tageszeitungen gearbeitet habe, und ich schätze sie nicht hoch ein, um es höflich auszudrücken.

Sterns «fast 20» scheint eine niedrige Zahl zu sein, wenn man bedenkt, was ich anderswo lese. Er verwischt die Frage, wer diese Opfer sind, indem er sie als «vom Kreml unterstützte Beamte oder deren lokale Kollaborateure» bezeichnet. Wer weiss, was er damit meint?

Andererseits räumt er ein, wenn auch nur am Rande, als ob wir es nicht merken sollten, dass es sich bei dem, was er beschreibt, um eine terroristische Aktion handelt. Er schreibt auch, weit unten im Artikel, dass diese Opfer, was auch immer sie tun, Zivilisten sind; dies wirft grundlegende Fragen auf – sowohl moralische als auch rechtliche:

«Die Mordkampagne wird zwar von vielen Ukrainern bejubelt, wirft aber dennoch rechtliche und ethische Fragen zu aussergerichtlichen Tötungen und möglichen Kriegsverbrechen auf, insbesondere wenn es sich bei den Opfern um politische Akteure oder Zivilisten handelt und nicht um Kämpfer auf dem Schlachtfeld oder anderes militärisches Personal. Und diese Fragen können nicht einfach mit dem Verweis auf die Unrechtmässigkeit der russischen Invasion abgetan werden.»

Ich habe mich wieder über all dies gewundert, nachdem ich einen Beitrag gelesen habe, den RT vor kurzem veröffentlicht hat. RT ist das russische Äquivalent zur BBC, was ihre Finanzierung durch die Regierung betrifft. Wir können nicht sicher sein, welchen Einfluss ihre Regierungen direkt oder anderweitig ausüben. Ich habe immer angenommen, dass in beiden Fällen zumindest ein gewisser Einfluss besteht. In der Vergangenheit hat diese Beschreibung viele Menschen verärgert, nämlich diejenigen, die immer noch eine Vorstellung von der makellosen Integrität der BBC aus den 1950er Jahren haben. Dafür kann ich nichts. Man liest RT und hört die BBC mit dem gleichen Mass an Vorsicht, wenn es darum geht, den Wert der Berichterstattung zu beurteilen.

Nach Gebietseinnahme Verfolgung von russischsprachigen Lehrern

Ein Beitrag vom 13. September trug die Schlagzeile «Ukraine droht Lehrern mit Gefängnis»². Darin wird berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte unmittelbar nach der Einnahme neuer Gebiete im Nordosten der Ukraine in den letzten Tagen damit begonnen haben, «eine unbekannte Anzahl von Lehrern» zu verhaften. Bei diesen Lehrern handelt es sich nicht um «vom Kreml unterstützte Beamte oder deren lokale Kollaborateure». Sie sind russischsprachig und unterrichten ihre russischsprachigen Schüler auf Russisch. Dies ist ihr Vergehen.

Irina Vereshchuk im O-Ton

Aus dem RT-Bericht:

«Diejenigen, die einheimische Kinder nach dem russischen Lehrplan unterrichtet haben, werden nun in der Ukraine strafrechtlich belangt, sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin Irina Vereshchuk gegenüber dem ukrainischen Medienunternehmen Strana.

«Sie haben ein Verbrechen gegen unsere Nation begangen», sagte Vereshchuk und fügte hinzu, dass «ein Gericht ihre [...] Strafe festlegen wird». Die stellvertretende Premierministerin warf den inhaftierten Lehrern «illegale Aktivitäten» vor, ohne näher darauf einzugehen, welches konkrete Verbrechen sie begangen haben. Laut Strana sagte Vereshchuk, dass sie wegen «Verletzung des Kriegsrechts» angeklagt werden könnten – eine Anklage, die typischerweise gegen diejenigen verwendet wird, die an Folter, Tötungen von Zivilisten und Plünderungen beteiligt sind.

Sie «warnte» auch «russische Bürger», die in den, wie sie es nannte, «vorübergehend besetzten ukrainischen Gebieten» angekommen sind, dass sie «mit Sicherheit bestraft werden, wenn sie unser Territorium nicht sofort verlassen.»

Dieser Artikel ist aus mehreren Gründen bemerkenswert.

Erstens müssen wir nicht mehr so viel rätseln. RT liefert uns jetzt die Bestätigung der Verfolgungskampagne direkt von einem hochrangigen Mitglied des Kiewer Regimes. Ich verfolge Irina Vereshchuk nun schon seit einigen Monaten und habe insbesondere, aber nicht nur, ihr Verhalten während der Massaker in Butscha im letzten Frühjahr beobachtet. Sie ist eine völlig besessene Nationalistin, eine jähzornige Fanatikerin, die vor Verachtung für die Russen strotzt.

Und sie ist die stellvertretende Premierministerin der Ukraine: nett.

Zweitens beschränkt sich diese Kampagne nicht auf Menschen, die man nach der grosszügigsten Definition als Kollaborateure bezeichnen kann. Es handelt sich um Menschen, die Russisch sprechen und es in einer Region der Ukraine unterrichten, in der es die Sprache der Mehrheit ist. Ihnen droht nun eine Gefängnisstrafe oder eine Zwangsumsiedlung. Ob wir letzteres nun so nennen oder willkürliche Vertreibung oder Zwangsmigration, es ist ein Verbrechen nach internationalem Recht.

Kulturkampf

Drittens ist das, was wir in der Ukraine erleben, mehr als ein Krieg, wie wir diesen Begriff gemeinhin verstehen. Kiew führt nicht nur einen Krieg um Territorium. Es führt einen Kulturkampf, und ich verwende diesen Begriff mit Bedacht. Aus der Sicht des Regimes geht es in diesem Konflikt um höherwertige und minderwertige Menschen und das Recht der ersteren, die letzteren auszulöschen. Wundern Sie sich nicht mehr, warum so viele ukrainische Beamte die Bewohner des russischsprachigen Ostens sowie alle Russen so oft und beiläufig als «Tiere» bezeichnen. Eine bessere Übersetzung wäre «Untermenschen», in Anlehnung an den Begriff «Untermenschen» der Nazis.

Ehepaar Selenski wird Mode

Als ich den RT-Beitrag las, kam ich ein wenig ins Querdenken. So seltsam es auch klingen mag, was mir in den Sinn kam, war die absurde Fotostrecke, die die Vogue in ihrer August-Ausgabe unter der Überschrift veröffentlichte: «Porträt der Tapferkeit: die First Lady der Ukraine, Olena Selenska»³. Darin wurden wir mit seitenweisen Bildern von

der glamourösen Olena und ihrem Ehemann Wolodimir beglückt, der in seinem Signatur T-Shirt zwar nicht so glamourös, aber immerhin Präsident der Ukraine ist. Wolodimir, «ein Komiker, der zum Politiker wurde, dessen Präsidentschaft das Schicksal der freien Welt bestimmen könnte» – dieser Wolodimir, nicht der Wolodimir, der die russische Sprache kriminalisiert, die Opposition verbietet, die Medien zum Schweigen bringt, die Gewerkschaften ihrer Rechte beraubt und seine Sonderdienste mit Attentätern ausstattet.

Ich hätte nie gedacht, dass jemand versuchen würde, Kriegstreiber und Kriegstreiber zur Mode zu machen, aber das ist Vogue im Herbst unseres Imperiums, während die Führer unseres Imperiums Stellvertreter wie Selenski anheuern, um ihre schwindende Hegemonie zu verteidigen. Verleihen wir dem Ganzen Stil.

Dem Verwerflichen Legitimität verleihen

Ich glaube nicht, dass mein Gedankengang heute morgen so exzentrisch ist, wie er vielleicht erscheint. Wir werden mit Bildern und bestimmten aufgeladenen Wörtern überflutet, einem kalkulierten Sprachgebrauch, der darauf abzielt, dem Verwerflichen Legitimität zu verleihen, wie uns die Schreiberlinge der regierenden Klasse über den Konflikt in der Ukraine zu erklären vorgeben. Wie viel wissen die meisten von uns tatsächlich über diejenigen, die gegen die russischen Streitkräfte Krieg führen? Das war die Frage, die mir mein Verstand aufdrängte.

Sie sind freiheitsliebende Demokraten, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen, und sie sind genau wie wir: Ist das nicht in etwa die Summe dessen, was Sie zu hören bekämen, wenn Sie jemanden, der eine blaugelbe Flagge schwenkt, fragen würden, wer die Ukrainer sind?

Es ist genau die Antwort, auf die die Fahنشwenker konditioniert sind. Ihr Hauptmerkmal ist ihre Zweidimensionalität. Dies immer wieder zu hören, wie jeder, der unserem Diskurs zuhört, ist so, als würde man eine Leinwand auf einer Bühne betrachten, auf der eine imaginäre Landschaft abgebildet ist, und sich von den Landschaftsmalern sagen lassen: Nein, das ist keine imaginäre Darstellung. Es ist wirklich die Landschaft.

Gefährliches Wahrnehmungsmanagement

Vor einigen Wochen veröffentlichte Ralph Nader in der ScheerPost einen Artikel, in dem er darauf hinwies, dass die «New York Times», die er anscheinend viel mehr schätzt als ich, in ihrer Berichterstattung übermässig viele Bilder verwendet. Das ist mir aufgefallen, als ich den täglichen Auslandsbericht gelesen habe. Die «Times» wurde früher «The Gray Lady» genannt, weil sie nur aus Text und ein paar Bildern bestand. Jetzt enthält ein Auslandsbericht in der Regel Bilder, Bilder und noch mehr Bilder mit einem eingestreuten Text. Das gilt insbesondere, aber nicht nur, für die Berichterstattung über die Ukraine.

Vielleicht spricht die «Times» eine neue Generation an, die weniger gerne liest, sich nicht für Geschichte interessiert und mit Komplexität nicht umgehen kann: So habe ich es mir zuerst gedacht. Aber selbst wenn ich richtig liege, ist es mehr, als dass sich die Zeitung im Namen des Marktes selbst entwürdigt. Die «Times» reproduziert die vereinfachte Sicht der Welt, die ein untergeordnetes Imperium benötigt, wenn sein Niedergang verborgen werden soll.

Bilder erzählen keine Geschichten. Sie sind zweidimensionale Bilder, die vorgeben, Geschichten zu erzählen, ohne dem Betrachter viel zu sagen. Neulich veröffentlichte die «Times» ein Foto von leeren Munitionskisten, die entlang einer Strasse verstreut waren. Die Bildunterschrift verriet uns, dass es sich um die Hinterlassenschaften des russischen Rückzugs aus dem Nordosten handelte. Dies war eine Geschichte von Angst, Eile, Verzweiflung.

War es das? Wem gehörten die Kisten? Wer hat sie geleert und warum? Wie sind sie dorthin gekommen? Warum sollten leere Munitions-

Kultureller Austausch – ein Mittel gegen Ausgrenzung, Hass und Krieg

Die Ideologie der «kulturellen Aneignung» – selber ein «völkisches», rassistisches Konstrukt?

von Thomas Schaffner, Historiker und Theologe

Während die Schweizerbürger mit ihren direkt-demokratischen Mitteln wie Initiative und Referendum eine sich allenfalls vergaloppierende Classe politique jederzeit friedlich und zivilisiert in die Schranken weisen können, scheint das übrige Europa vor einem heissen Herbst zu stehen, voller innenpolitischer Unruhen und Demonstrationen. Zeitgleich sind die Spalten vieler Medien voll mit Themen, die nur vordergründig absurd und lachhaft erscheinen. Unter dem Vorwurf, es finde «kulturelle Aneignung» statt, man raube gewisse Menschengruppen ihre Kultur und demütige sie erneut, werden etwa Konzerte weisser Reggaemusiker mit Rastalocken abgesagt. Alles mit der Begründung, man wolle Rassismus bekämpfen. Doch immer mehr Stimmen geben zu bedenken, dass hier unter dem Deckmantel des Antirassismus ein neuer Rassismus, ja gar ein völkisches Denken, Urständ feiert. Desungeachtet muten uns einige Medien unwidersprochen Artikel zu, welche Menschen auf Grund ihrer Nationalität ausgrenzen und in Bild und Text, unter Nennung von Namen und Wohnadressen, an den Pranger stellen. Hatten wir das nicht schon mehrfach in der Geschichte? Wohin es führte, wissen wir. Zeit, sich auf ein einschlägiges Unesco-Übereinkommen zu besinnen.

Susanne Schröter, Ethnologin der Uni Frankfurt, weist in ihrem soeben erschienenen neuen Buch¹ darauf hin, dass der Begriff der «kulturellen Aneignung» aus wissenschaftlicher Sicht auf etwas «höchst Triviales» verweise: «Menschen erfinden die Gegenstände und Techniken, die sie nutzen, die Sitten und Bräuche, die sie praktizieren, oder die Glaubensvorstellungen, mit denen sie sich die Welt erklären, nicht permanent neu, sondern sie greifen auf das zurück, was sie vorfinden.» (S. 119) Diese Aneignung geschehe sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene. Kulturelle Aneignungen ermöglichen die Entwicklung menschlicher Kultur, indem Erworbenes über die eigene Gruppe hinaus weitergegeben wird. Davon leben unter anderem die Wissenschaften der Archäologie und Ethnologie. Eines sei gewiss: «Kultur ist fluide. Sie ist immer in Bewegung und kann – über einen längeren Zeitraum betrachtet – nur in seltenen Fällen einem geografischen Raum oder einem bestimmten Kollektiv zugeordnet werden.» (S. 120) So lassen sich verfilzte Haare in vielen Teilen der Erde nachweisen. Indische Gurus etwa tragen sie, in afrikanischen Ländern hingegen sind sie nur selten anzutreffen.

Schröter ortet in der freien kulturellen Aneignung aber auch ein Mittel gegen Ausgrenzung, Hass und letztlich Krieg: «Sie dient

Rösti bald verboten? Denn die Kartoffel stammt aus Lateinamerika!

ts. Seit es die Menschen gibt, haben sich die Kulturen andauernd gegenseitig beeinflusst. Kulturelle Aneignung wurde durchweg als Bereicherung empfunden, die aus Bewunderung und ohne böse Absicht geschieht. Man denke nur an den Kulturtransfer über die antike Seidenstrasse. Ohne kulturelle Aneignung würden Schweizer keine Rösti essen – stammt doch die Kartoffel aus Lateinamerika. Man vergesse die Engadiner Nusstorte – die Nüsse stammen nicht aus dem Bündner Hochtal. Christentum ohne Kreuz? War es doch das Hinrichtungsmittel der Römer. Mitteleuropäer ohne Sofas oder Apfelstrudel? Beides hat seinen Ursprung in asiatischen Kulturen. Wer kann heute noch nachvollziehen, woher eine bestimmte Tradition oder ein bestimmtes Objekt stammt? So wurden zum Beispiel die oft zitierten

Dreadlocks schon von Persern, Azteken und Tataren getragen.

Schauspielerei besteht bekanntlich darin, eine andere Person zu spielen. Wenn in letzter Konsequenz jeder nur noch sich selbst spielen darf, wäre das nicht mehr Film oder Theater, sondern Selbstdarstellung. Dasselbe gilt für die Literatur: Darf man nicht mehr über Menschen aus anderen Lebenswelten schreiben, bleiben nur noch Autobiografien – auch interessant, aber was für eine Verarmung, was für ein Egozentrismus, was für ein Verlust an Schulung der Empathie, des Verständnisses für den anderen und das ganz andere – auch eine Art Kriegsvorbereitung?

Vergleiche auch: Fabian Köhler:
Wem gehört welche Kultur?
In: Deutschlandfunk Kultur, 16. August 2017

nämlich ganz massgeblich der friedfertigen Verständigung unterschiedlicher Gruppen bzw. ist bereits Ausdruck einer Haltung, die auf Kontakt und Akzeptanz zielt.» (S. 120) Erst so würden vorurteilsfreie Beziehungen möglich, erst so, wenn man neugierig auf einander zugehe, werde man immunisiert gegen feindselige Abgrenzungen. «Wer dagegen betont, dass jeder Hautfarbenträger oder Angehörige einer kulturellen Gruppe im alleinigen Besitz kultureller Attribute sein müsse, die mit anderen nicht geteilt werden könnten, der zementiert Differenzen und verspielt die Chance eines gemeinsamen Miteinanders.» (S. 120)

«Man nennt eine solche Haltung völkisch, und man kennt sie aus der Geschichte» Alfred Bodenheimer, Professor für Religionsgeschichte und Literatur des Judentums an der Universität Basel, der breiteren Öffentlichkeit durch seine herrlichen Krimis um Rabbi Klein bekannt, schrieb unlängst², der wahre Skandal bei der Debatte um die «kulturelle Aneignung» sei das «völkische Kulturverständnis», das dahinterstecke. Die bisher vorgebrachten Argumente seien alle zu defensiv, etwa, wenn zwar richtig bemerkt worden sei, «dass die Musikkultur der Moderne ohne kulturelle Aneignung gar nicht existieren würde, dass genau das Vorstossen

Etymologie des Begriffs Kultur

«Der aus lateinisch *cultura* «Pflege (des Ackers), Bearbeitung, Bestellung, Anbau, Landbau», auch «geistige Pflege, Ausbildung intellektueller Fähigkeiten, (religiöse, huldigende) Verehrung» (zu lateinisch *colere*) entlehnte Ausdruck wird gegen Ende des 17. Jahrhunderts ins Deutsche integriert, nachdem er in lateinisch flektierter Form bereits vorher in deutschen Texten üblich war. Er gewinnt zunächst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit dem Aufschwung der Land- und Forstwirtschaft an Verbreitung (Agrikultur), erhält sein eigent-

liches Gewicht jedoch in seiner (ebenfalls im Lateinischen vorgezeichneten) metaphorischen Verwendung, indem Kultur (seit etwa 1700) auch die Ausbildung und geistige Vervollkommenung des Individuums bezeichnet. Ins Gesellschaftliche ausgeweitet und zu einem Schlagwort der Epoche wird das Wort im philosophischen Denken der deutschen Aufklärung; besonderen Anteil an seiner inhaltlichen Ausformung und Präzisierung haben Johann Gottfried Herder und Immanuel Kant.»

Quelle: <https://www.dwds.de/wb/Kultur>

in andere kulturelle Welten deren Akzeptanz andernorts vermehren würde, dass auch erst so die wirklich spannenden Synthesen entstünden, die Kultur weiterbrächten und deren Spannung erzeugten.» In ihrer Defensivität enthüllten diese Argumente «ein Unverständnis für das wahre Skandalon des Vorwurfs, Angehörige bestimmter Kulturen, Hautfarben oder Ethnien hätten nicht das Recht, eine Vorliebe für bestimmte Kleider, Musikstile oder Frisuren zu pflegen, die ihnen «fremd» seien.» Und weiter: «Man nennt eine solche Haltung völkisch, und man kennt sie aus der Geschichte.» Ein Paukenschlag von Bodenheimer. Er erinnert daran, dass nach 1933 jüdische Künstlerinnen und Künstler «gecancelt» worden seien, man sprach ihnen die Befugnis ab, sich an die Interpretation von Werken «arischer» Komponisten oder Dichter zu wagen – wie es dann weiterging Richtung Massenmord, ist hinlänglich bekannt. Damals habe man sich noch nicht «mit Begrifflichen Verrenkungen wie «kulturelle Aneignung» herumgeschlagen, sondern offen rassistisch argumentiert respektive gehetzt: «Die Kriterien künstlerischer Interpretation waren von der Hingabe und Virtuosität in die Rasetabellen einer wissenschaftlich fehlgeleiteten, menschenfeindlichen Medizin verschoben worden.» Natürlich bestünden Unterschiede zwischen damals und heute: Alles nicht-arische zu verbannen hiess auch, dass deutsche Orchester und Opernhäuser nur noch Mahler oder Offenbach aufführten. Heute aber, zum Glück, «würde niemand dagegen demonstrieren, dass aus Korea oder Senegal stammende Violinisten oder Dirigentinnen Beethoven interpretieren.» Zugleich zeige das aber auf, «auf welche Abwege das Kulturverständnis geraten ist. Denn heisst das nicht, dass «weisse» Kultur, westliche Konzertsaalrituale und der Auftritt in rituell strikt festgelegten schwarzen Kleidern, Smokings oder Abendroben universal gültig sind, während Reggae samt den dazugehörigen Markern wie Kleidung und Haarpracht zur jamaicanischen Provinzkultur verzweigt wird?»

Biologistisch zementierte kulturelle Apartheid

Auch Harald Fischer-Tiné, Professor für Geschichte der modernen Welt an der ETH Zürich mit Forschungsschwerpunkt Kolonialismus und Imperialismus, sieht in der Debatte eine Annäherung an «rassistische Denkansätze»³: «Nämlich, dass es so eine Form von Authentizität oder «kultureller Reinheit» gebe und man zu einer Deckungsgleichheit

Fortsetzung auf Seite 5

«Berichterstattung zur Ukraine: ...»
Fortsetzung von Seite 3

kisten auf einer Strasse liegen? Welchen «Rückzug» gab es zu sehen? Waren diese Kisten, die wir als Zeugen des am stärksten propagierten Krieges der Geschichte betrachten – und ich denke, das ist er –, dort, wo sie laut Bildunterschrift sein sollten, oder woanders?

Aufgeladene Vokabeln

Eine Variante davon finden wir auch bei der Verwendung von Sprache. Wir werden mit einer Menge aufgeladener Vokabeln gefüttert, da Ereignisse, die ein schlechtes Licht auf die Ukrainer werfen, nicht mehr einfach weggelassen werden können und die Korrespondenten gezwungen sind, über sie zu schreiben. David Sterns Artikel beschrieb die «aussergerichtlichen Morde» der Ukrainer und ihre Absicht, die lokale Bevölkerung zu terrorisieren – eine sehr direkte Sprache. Aber das war die Ausnahme, die die Regel bestätigte. Ukrainische Soldaten sind immer tapfer. Die Russen führen Strafkolonien. Wie bereits an dieser Stelle erwähnt, sind ukrainische Attentäter «Partisanen», die zu Recht «Kollaborateure» töten. Der Subtext ist eine beschämende Anspielung auf die Guerillakampagne der Maquisards gegen die Kollaborateure der Vichy-Regierung wäh-

«Seien wir also vorsichtig mit Bildern und Worten, die auf diese Weise verwendet werden. Das ist «Wahrnehmungsmanagement», wie es auch sonst praktiziert wird. Das ist nichts Neues. Aber die Manipulation der öffentlichen Wahrnehmung ist schlicht und ergreifend gefährlich, wenn sie so allgegenwärtig wird, wie wir es jetzt haben. Die Geschichte zeigt uns deutlich genug, wohin dies führen kann.»

rend der Nazi-Besetzung Frankreichs. Dies sind nur einige Beispiele unter vielen.

Wenn Bilder vorgeben, Geschichten zu erzählen, und dies nicht tun, dann greifen Texte, die auf diese Weise verwendet werden, auf Andeutungen, Assoziationen und Unterstellungen zurück, um wahre Geschichten zu erzählen, die nicht wahr sind, ohne direkt zu lügen. Weder die Betrachter von Bildern noch die Leser von Texten haben Zugang zur Dreidimensionalität der Ereignisse, und alle Ereignisse sind dreidimensional.

Seien wir also vorsichtig mit Bildern und Worten, die auf diese Weise verwendet werden. Das ist «Wahrnehmungsmanagement», wie es auch sonst praktiziert wird. Das ist nichts Neues. Aber die Manipulation der öffentlichen Wahrnehmung ist schlicht und ergreifend gefährlich, wenn sie so allgegen-

wärtig wird, wie wir es jetzt haben. Die Geschichte zeigt uns deutlich genug, wohin dies führen kann.

Diana Johnstone, die angesehene Europa-wissenschaftlerin, hat einen hervorragenden Artikel in Consortium News veröffentlicht⁴, in dem sie folgendes feststellte: «Ein Krieg, der scheinbar irrational ist – wie viele andere auch – hat tiefe emotionale Wurzeln und beansprucht eine ideologische Rechtfertigung. Solche Kriege sind schwer zu beenden, weil sie sich ausserhalb des Bereichs der Rationalität bewegen.» Johnstone fährt fort, die tiefgreifenden historischen Kräfte zu erforschen, die sich in der Ukraine abspielen, allen voran eine unterschwellige Russophobie, die im Ausland, in Teilen Europas wie auch in der Ukraine herrscht und in alten, giftigen Ressentiments gegen-

über dem sowjetischen Sieg über das Nazi-regime im Jahr 1945 verwurzelt ist.

Die dritte Dimension

Dies ist die fehlende dritte Dimension in der Berichterstattung der Mainstream-Medien über die Ukraine-Krise oder ein wichtiger Teil davon. Für unser Verständnis und unsere Fähigkeit, diesen Konflikt und Menschen wie Irina Vereshchuk zu beurteilen, ist es unerlässlich zu wissen, woraus die ukrainische Führung und das Militär bestehen. Es bräuchte ein aussergewöhnliches Foto, um auch nur einen Hauch davon zu vermitteln. Und eine Berichterstattung, die weitaus ehrlicher mit Worten umgeht als das, was wir in diesen Medien lesen, ohne auf unterschwellige Narrative zurückzugreifen, die Grausamkeiten als Heldentum und von Nazis inspirierte Nationalisten als Demokraten ausgeben.

¹ <https://www.washingtonpost.com/world/2022/09/08/ukraine-assassinations-occupied-territory-russia/>
² <https://www.rt.com/russia/562663-ukraine-russian-teachers-criminal-charges/>
³ <https://www.vogue.com/article/portrait-of-bravery-ukraines-first-lady-olena-zelenska>
⁴ <https://consortiumnews.com/2022/09/12/diana-johnstone-the-specter-of-germany-is-rising/>
(Übersetzung Zeit-Fragen)

Iran: Völkerrechtswidrige einseitige Sanktionen schnüren den Menschen die Luft zum Atmen ab

Interview mit der UN-Sonderberichterstatterin Alena Douhan über ihre zehntägige Reise in den Iran

Am 9. September 2022 haben die USA neue Sanktionen gegen den Iran verhängt, weil das Land Drohnen an Russland geliefert haben soll. Das US-Finanzministerium erklärte in einer Pressemitteilung, dass diese Sanktionen den Iran «zur Rechenschaft ziehen» würden. Die USA verhängten auch Sanktionen gegen das iranische Geheimdienstministerium, dem sie eine Verwicklung in Cyberangriffe in Albanien vorwerfen.

Auf einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrates bezeichnete Kazem Gharibabadi, der iranische Vizepräsident der Justiz für internationale Angelegenheiten, die US-Sanktionen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er erklärte auch, die Sanktionen verhinderten die Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und bei der Drogenbekämpfung.

Alena Douhan ist Sonderberichterstatterin des UN-Menschenrechtsrates über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmassnahmen auf die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir sprachen mit ihr über die Sanktionen gegen den Iran.

Zeit-Fragen: Vom 7. bis 18. Mai 2022 haben Sie als UN-Sonderberichterstatterin für unilaterale Sanktionen den Iran besucht, um sich ein Bild über die Auswirkungen der unilateralen Sanktionen zu machen. Wie beurteilen Sie diese Sanktionen aus rechtlicher, wirtschaftlicher und politischer Sicht?

Alena Douhan: Die politische Perspektive gehört nicht zu meinem Mandat, daher werde ich mich auf die rechtliche und faktische Perspektive konzentrieren. Ich kann sagen, dass die einseitigen Sanktionen gegen den Iran und in der Tat die meisten einseitigen Sanktionen im allgemeinen völkerrechtlich ziemlich fragwürdig sind, da sie ohne oder jenseits der Ermächtigung des UN-Sicherheitsrats verhängt werden und nicht die Form von Vergeltungs- oder Gegenmassnahmen annehmen, die das Völkerrecht zulässt. Sämtliche Massnahmen, die im Rahmen von Vergeltungsmassnahmen ergriffen werden, dürfen nicht gegen internationale Verpflichtungen verstossen: von multilateralen Abkommen und Gewohnheitsnormen des Völkerrechts in verschiedenen Bereichen wie Handel, Postdienste, Verkehr, Menschenrechte bis hin zu bilateralen Abkommen.

Wenn es um die Mechanismen von Gegenmassnahmen geht, kann jedes Druckmittel nur in voller Übereinstimmung mit dem Recht der internationalen Verantwortung ergriffen werden: Die Massnahmen müssen von dem unmittelbar verletzten Staat als Reaktion auf eine vorangegangene Verletzung des Völkerrechts ergriffen werden (unter gebührender Berücksichtigung von Situationen der Verletzung von erga omnes-Verpflichtungen), und zwar in voller Übereinstimmung mit dem Ziel (Wiederherstellung der Erfüllung der internationalen Verpflichtungen), den Grundsätzen (Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit in bezug auf die Verletzung) und den Grenzen der Gegenmassnahmen (Verbot der Verletzung zwingender Normen des Völkerrechts, einschliesslich der Anwendung von Gewalt, der Anwendung von Repressalien im Humanitären Völkerrecht oder der Verletzung grundlegender Menschenrechte).

Die einseitigen Sanktionen gegen den Iran sind völkerrechtswidrig ...

Seit August 2020 werden keine Sanktionen des UN-Sicherheitsrats mehr gegen den Iran verhängt. Die von Staaten und regionalen Organisationen verhängten Sanktionen werfen ernste Bedenken hinsichtlich der Erfüllung von Verpflichtungen in den Bereichen Freundschaft, diplomatisches Recht, internationale staatliche Verantwortlichkeit, Immunitäten von Staaten und staatlichem Eigentum sowie Förderung und Schutz der Menschenrechte auf. Diese Massnahmen können daher als einseitige Zwangsmassnahmen qualifiziert werden und sind völkerrechtswidrig, wie in zahlreichen Resolutionen des UN-Menschenrechtsrates und der Uno-Generalversammlung anerkannt.

... und menschenrechtswidrig

Die Auswirkungen einseitiger Sanktionen auf die Wirtschaft eines Landes betreffen in der Regel die Menschenrechte der gesamten Bevölkerung in vielfältiger Weise, wobei die schwächsten Bevölkerungsgruppen besonders betroffen sind, was im Fall des Iran deutlich zu sehen ist. Menschenrechtsverletzungen verleihen einseitigen Sanktionen eine weitere Ebene der Rechtswidrigkeit, da die sanktionierenden Länder durch internationale Über-

einkommen verpflichtet sind, die Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu erfüllen, so wie es alle Länder tun müssen.

Kritiker unilateraler Sanktionen, wie sie immer wieder von den USA und der EU verhängt werden, sagen, solche Sanktionen seien nicht nur völkerrechtswidrig, sondern auch ein regelrechter kriegerischer Akt. Wie beurteilen Sie solche Aussagen?

Das ist eine interessante Frage, denn das Verständnis von Krieg entwickelt sich ständig weiter. Krieg im Sinne des Völkerrechts ist ein bewaffneter Konflikt, so dass einseitige Sanktionen nicht als Kriegshandlungen betrachtet werden dürfen. Die Genfer Konventionen sowie die Zusatzabkommen und der Schutz, den sie der Zivilbevölkerung gewähren, gelten nicht für einseitige Sanktionen. Daher bin ich der Ansicht, dass Sanktionen zwar gegen das Völkerrecht verstossen können, ihre Auswirkungen, selbst wenn sie hoch sind, jedoch nicht als Kriegsverbrechen einzustufen sind.

Auswirkungen von Sanktionen entsprechen dem, was in einem Krieg geschieht

Gleichzeitig muss man sich darüber im klaren sein, dass die humanitären Auswirkungen einseitiger Sanktionen mitunter sehr schwerwiegend sein können, ja, sogar dem entsprechen, was in einem Krieg geschieht. Menschen leiden und können sterben, wenn Sanktionen die Lieferung von Medikamenten und medizinischer Ausrüstung oder sogar von Lebensmitteln in ein Land verhindern oder wenn die lebenswichtige Infrastruktur nicht aufrechterhalten werden kann, was die Versorgung mit Wasser und anderen lebenswichtigen Gütern beeinträchtigt. Aus diesem Grund verfolge ich den Antrag Venezuelas an den Internationalen Strafgerichtshof (Venezuela II) sehr aufmerksam. Angesichts der schwerwiegenden Probleme und der Tatsache, dass es so gut wie keine Mechanismen gibt, um die Opfer einseitiger Sanktionen zur Verantwortung zu ziehen und zu entschädigen, kann eine internationale Gerichtsbarkeit eine gute Lösung sein, um die Anwendung von Sanktionen zu verhindern, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und die Opfer zu entschädigen.

Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Zuordnung bestimmter Folgen zu



(Bild ohchr.org)

Alena Douhan (Belarus) wurde im März 2020 vom UN-Menschenrechtsrat zur Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmassnahmen auf die Verwirklichung der Menschenrechte ernannt. Frau Douhan verfügt über umfangreiche Erfahrung in den Bereichen Völkerrecht und Menschenrechte als Professorin für Völkerrecht an der Belarussischen Staatlichen Universität (Minsk), Gastprofessorin am Institut für Friedens- und Kriegsvölkerrecht (Bochum, Deutschland) und Direktorin des Friedensforschungszentrums (Minsk). Sie promovierte 2005 an der Belarussischen Staatlichen Universität und habilitierte 2015 zum Dr. habil. in Völkerrecht und Europarecht (Belarus). Frau Douhans akademische und Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Völkerrecht, Sanktions- und Menschenrechtsrecht, internationales Sicherheitsrecht, dem Recht internationaler Organisationen, der internationalen Streitbeilegung und dem internationalen Umweltrecht.

einem bestimmten Staat bzw. einer bestimmten Art von einseitigen Sanktionen auf Grund der Vielzahl von Sanktionsregelungen selbst in einem Staat, der Vielzahl von Staaten, die Sanktionen verhängen, und der Existenz von Sekundärsanktionen, Sanktionsdrohungen, Risikominderungsmassnahmen und übermässigen

Fortsetzung auf Seite 6

«Kultureller Austausch – ein Mittel ...»

Fortsetzung von Seite 4

kommen müsse zwischen einer ethnisch definierten Gruppe und einer bestimmten kulturellen Ausdrucksform.» Etwas, was in der Willensnation Schweiz mit ihren vier hauptsächlichlichen Sprachgruppen schon gar nicht geht. Der Ansatz der kulturellen Aneignung negiere, «dass es gegenseitige Anleihen, Befruchtungen, Bereicherungen geben kann.»

Der NZZ-Journalist Martin Senti wiederum konstatiert ein statisches Verständnis von Kultur, das biologistisch zementiert werde und letztlich in eine Art von «kultureller Apartheid» münde.⁴

Der Pariser Philosoph François Jullien warnt deswegen auch vor den Konstruktionen Samuel P. Huntingtons. In seinem Werk «Kampf der Kulturen» bediene er sämtliche tradierten Klischees einer «chinesischen», «islamischen» und «westlichen» Kultur, als

gäbe es «homogene Kulturen», die unweigerlich zusammenprallen müssten.⁵

Einer, dem ob der Debatte um Dreadlocks usw. angesichts der drängenden Probleme auf dieser Welt die Hutschnur platzte, ein altgedienter, der Ethik der christlichen Nächstenliebe verpflichteter Sozialdemokrat, machte kürzlich seinem Unmut in seiner Kolumne in einer Schweizer Regionalzeitung mit dem Titel «Aneignung – so ein Schmarren» wie folgt Luft: «Übrigens: Es herrscht immer noch Krieg in Europa. Vielleicht ist das ein wirkliches Problem, um das wir uns Gedanken machen müssen.» Und weiter: «Vielleicht hätte ja auch da kultureller Austausch das Schlimmste verhindern können – anstatt nationalistischer Ab- und Ausgrenzung.»⁶

Folgen von Kolonialismus und Imperialismus noch längst nicht aufgearbeitet

Hans Köchler, Präsident der International Progress Organization, hatte in Zeit-Fra-

gen vom 30. November 2021 gewarnt: «Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts, die von zunehmender Entfremdung zwischen den Kulturen ausgeht, darf nicht unterschätzt werden.» Inzwischen tobt der Krieg in der Ukraine, der nicht nur von Bundesrat Ueli Maurer als Stellvertreterkrieg zwischen den USA/Nato und Russland bezeichnet wird. Und ein möglicher Krieg des Westens gegen China wird immer wahrscheinlicher.

Es ist schon richtig: Die Folgen von Kolonialismus und Imperialismus sind noch längst nicht aufgearbeitet – gemäss dem ehemaligen Uno-Diplomat Hans Christoph von Sponeck harren die Bewohner von 20 Territorien immer noch der Befreiung von ihren Kolonialherren – und dies heute, anno domini 2022! Und: Die Verächtlichmachung anderer Kulturen war und ist ein reales Problem. Zum Glück aber erobern sich immer mehr Historikerinnen und Historiker der ehemaligen Kolonien ihre Geschichte zurück und werden dabei assistiert von rechtschaffenen westlichen Kollegen.⁷

Eines der Ziele des Unesco-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, in Kraft seit 2007, auf das Hans Köchler im selben Artikel hinwies, lautet: «Einen ausgewogenen Austausch an kulturellen Gütern und Dienstleistungen erreichen und die Mobilität von Kunst- und Kulturschaffenden steigern.» Wären wir nicht gut beraten, dem Anliegen der Unesco-Erklärung Nachachtung zu verschaffen? Wieder Brücken zu schlagen, anstatt sie abzureissen? Auch als Antidot gegen weitere kriegerische Verstrickungen.

Syllabus errorum und Index librorum prohibitorum sind wieder da

ts. Britische Hochschulen versehen Klassiker der Literatur mit Warnhinweisen, sogenannten «trigger warnings», und «rahmen» so die Lektüre, so sie denn nicht gänzlich verboten wird, in einer Art und Weise, die man aus totalitären Staaten kennt: Was die katholische Kirche glücklich überwunden hat – den Index der verbotenen Bücher und den Syllabus errorum, eine Liste mit verbotenen Gedanken –, was Nationalsozialisten und Marxisten mit

gewaltsam durchgesetztem Rassen-, respektive Klassenstandpunkt aufoktroiiert haben, feiert nicht nur im Vereinigten Königreich, sondern auch in den USA und zunehmend in Kontinental-Europa Urständ. Vor der Bibel wird gewarnt wegen «schockierender sexueller Gewalt» oder vor Shakespeare wegen «Klassendenken», um nur wenige Werke zu nennen. 2021 wurden in den USA 1597 Bücher aus den Bibliotheken entfernt. Schöne neue Welt?

Albert Schweitzer: Kultur nicht ohne Ethik

ts. «Kultur definiere ich ganz allgemein als geistigen und materiellen Fortschritt auf allen Gebieten, mit dem eine ethische Entwicklung der Menschen und der Menschheit einhergeht.» So definiert Albert Schweitzer den Begriff Kultur. Kultur betrifft die Menschheit insgesamt, und sie hat für Schweitzer mit Ethik zu tun. Nun gibt es auch Unkultur, und dazu muss wohl der Medien-Hype um das Thema der kulturellen Aneignung gezählt werden.

Quelle: Albert Schweitzer. Aus meinem Leben und Denken. Leipzig 1957. S. 192

¹ Schröter, Susanne. *Global gescheitert? Der Westen zwischen Anmassung und Selbsthass*. Freiburg i. Br. 2022

² <https://www.nzz.ch/meinung/lauwarm-und-die-documenta-unterwegs-zu-einem-voelkischen-kulturverstaendnis-ld.1695607>

³ Quelle: Radio SRF, Echo der Zeit vom 25.8.2022

⁴ Senti, Martin. «Kulturelle Apartheid in Berner Szenequartier: Blonde Dreadlocks sind nicht mehr genheim». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 28.7.2022

⁵ Jullien, François. *Es gibt keine kulturelle Identität*. Berlin 2017

⁶ Walter Hugentobler in der *Thurgauer Zeitung* vom 29.8.2022

⁷ Zu erwähnen wäre da etwa die umfassende Geschichte des britischen Empires durch Caroline Elkins, Professorin für Geschichte und Afroamerikanistik an der Harvard University, mit dem Titel «Legacy of Violence: A History of the British Empire.» Siehe auch Interview mit ihr: <https://www.youtube.com/watch?v=O19wvq2cXqg>

«Iran: Völkerrechtswidrige einseitige ...»
Fortsetzung von Seite 5

ger Einhaltung seitens der Banken, Unternehmen und anderer privater Akteure ziemlich problematisch sein kann (viel problematischer als die Zuordnung von Aktivitäten und Schäden im Zuge militärischer Konflikte).

Humanitäre Ausnahmeregelungen
weitgehend unwirksam

Im Zusammenhang mit den Sanktionen wird von seiten der sanktionierenden Staaten immer wieder behauptet, dass es für den humanitären Bereich Ausnahmeregelungen gibt. Ist das der Fall und wie sieht die Praxis aus? Es stimmt, dass die meisten einseitigen Sanktionen Ausnahmeregelungen vorsehen, die den kontinuierlichen Fluss von Medikamenten und Nahrungsmitteln in die sanktionierten Länder ermöglichen sollen.

In Wirklichkeit sind diese humanitären Ausnahmen jedoch aus verschiedenen Gründen weitgehend unwirksam. Zum einen sind die Sanktionen komplex, überschneiden sich und sind nicht eindeutig, was dazu führt, dass mögliche Sekundärsanktionen oder zivil- und strafrechtliche Strafen befürchtet werden, auch gegen internationale und nationale humanitäre Akteure. Es kann sehr kostspielig und zeitaufwendig sein, die erforderlichen Genehmigungen zu erhalten, um selbst freigestellte Waren zu versenden. Darüber hinaus gibt es ein grosses Problem mit der übertriebenen Befolgung einseitiger Sanktionen, um Strafen bei versehentlichen Verstössen zu vermeiden. Aus diesem Grund weigern sich Banken, Schiffsverkehrsunternehmen und Frachtversicherer manchmal, ihre Dienste auch für humanitäre Güter anzubieten, die legal in ein sanktioniertes Land versandt werden könnten, auch für internationale humanitäre Organisationen und sogar für die UN-Organisationen.

Schwerwiegendste humanitäre Folgen

Im Iran bestehen die schwerwiegendsten Probleme in bezug auf die Bereitstellung von Medikamenten und medizinischer Ausrüstung für Menschen, die an seltenen und schweren Krankheiten wie Epidermolysis bullosa (EB), Thalassämie, Hämophilie, einigen Formen von Diabetes, Krebs, Autismus und vielen anderen Krankheiten leiden. Infolgedessen steigt die Sterblichkeitsrate, die Lebenserwartung sinkt, und der Gesundheitszustand sowie die Lebensqualität verschlechtern sich.

Gemeinsam mit einigen anderen Sonderberichterstattern habe ich zum Beispiel Mitteilungen an Unternehmen und Staaten, in denen sie registriert sind, weitergeleitet, dass es nicht möglich ist, lebensrettende Medikamente oder medizinische Geräte zu beschaffen oder Transplantationen für Kinder mit Krebs durchzuführen. Leider zögern die Unternehmen aus Angst vor Sekundärsanktionen oder der mangelnden Bereitschaft der Banken, Geld zu überweisen, relevante und oft einzigartige Waren und Dienstleistungen anzubieten. Die Staaten, in denen sie registriert sind, sind häufig gegen die extraterritoriale Anwendung einseitiger Sanktionen, können die Sicherheit ihrer Unternehmen nicht garantieren und verweisen auf die Freiheit der Geschäftstätigkeit. Nach meiner Rückkehr aus dem Iran hatte ich mehrere Treffen mit Ständigen Vertretungen von Staaten, in denen Unternehmen registriert sind, die lebensrettende, einzigartige Medikamente für EB-Patienten und Menschen mit Thalassämie herstellen, und bat sie um Unterstützung, um sicherzustellen, dass die Medikamente beschafft und geliefert werden können.

Aufhebung der Sanktionen
gegen «kritische Waren» gefordert

Ein weiteres Problem ist das sehr enge Verständnis von humanitären Gütern, die kaum von anderen Aspekten der Sanktionen getrennt werden können. Wenn also Sanktionen die Einfuhr von Treibstoff verbieten, kann es zu einer Situation kommen, in der humanitäre Güter im Land ankommen und nicht dorthin transportiert werden können, wo sie benötigt werden. Insbesondere kann man kaum Gesundheitsstandards gewährleisten, wenn die Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen haben, keine Transportmittel nutzen können, um in die Krankenhäuser zu gelangen, oder ihre Medikamente verkaufen müssen, selbst wenn sie von den Regierungen zur Ver-

fügung gestellt werden, um Lebensmittel für ihre Familien zu kaufen. Kürzlich habe ich gemeinsam mit einigen anderen Sonderberichterstattern eine Pressemitteilung herausgegeben, in der die Aufhebung der Sanktionen gegen kritische Waren, Dienstleistungen und Infrastrukturen gefordert wird, darunter Wasser, Strom, Verkehr, Zivilluftfahrt, Arzneimittel, medizinische Ausrüstung, Ersatzteile, gereinigtes Wasser, Saatgut, Düngemittel und viele andere Güter.

Keine Genehmigung
für Entwicklungsprojekte

Der letzte Punkt, den ich im Zusammenhang mit humanitären Ausnahmen erwähnen möchte, bezieht sich auf die Unterscheidung zwischen humanitären und Entwicklungsprojekten. Die humanitären Organisationen und die UN-Einrichtungen haben wiederholt berichtet, dass es ihnen zwar manchmal gelingt, Genehmigungen für die Lieferung von Nahrungsmitteln oder Medikamenten zu erhalten, dass aber niemals eine Genehmigung für die Durchführung von Entwicklungsprojekten erteilt wird, wodurch die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung untergraben wird und die Regierungen daran gehindert werden, ihre Verpflichtungen zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens in ihrem Hoheitsgebiet zu erfüllen.

Lebensbedrohende Auswirkungen

In Ihrem vorläufigen Bericht haben Sie sich sehr besorgt über die lebensbedrohenden Auswirkungen der Sanktionen im gesundheitlichen Bereich geäussert. Welche Auswirkungen gibt es im Iran?

Die Auswirkungen zeigen sich in vielerlei Hinsicht. Die iranischen Pharmaunternehmen haben Schwierigkeiten, Rohstoffe für die Herstellung von Arzneimitteln aus dem Ausland zu beschaffen. Häufig müssen sie auf alternative Mittel zurückgreifen, die die Beschaffung wesentlich länger und teurer machen und nicht unbedingt die hohe Qualität der Materialien garantieren. Der Iran stellt etwa 95 % seiner Arzneimittel im Inland her, ist aber nach wie vor von der Einfuhr hochwertiger Rohstoffe, Technologien, Ersatzteile und Software abhängig.

Bei Medikamenten und medizinischer Ausrüstung, die importiert werden müssen, verhindert die Übererfüllung der Sanktionen den Versand, verursacht zusätzliche Kosten und führt zu Verzögerungen bei Materialien, die zur Behandlung einer Reihe von Krankheiten benötigt werden, darunter bestimmte Arten von Krebs, Thalassämie, Hämophilie, Leukämie, Ichthyose, Multiple Sklerose, Epidermolysis bullosa (EB), Autismus und bestimmte Formen von Diabetes. Infolgedessen sind die Preise höher, und es gibt Engpässe. Nach den eingegangenen Berichten ist die durchschnittliche Sterblichkeitsrate von Menschen mit Thalassämie von 25–30 auf 130–170 nach 2018 gestiegen.

Berichten zufolge hat dies zu einem Zustrom von Arzneimittelfälschungen geführt, was den Schaden nur noch vergrössert. Hinzu kommt das Problem, dass sich ausländische Unternehmen weigern, Software und Ersatzteile für medizinische Geräte zu verkaufen, die im Iran für Zwecke wie die Regulierung der Medikamentendosierung oder die Überwachung des Zustands von Krankenhauspatienten benötigt werden.

«Es ist kaum bekannt, dass Sanktionen eine verheerende Wirkung auf die jeweiligen Bevölkerungen haben. Was ist der Grund dafür? Alena Douhan: Die Medien berichten kaum darüber. Sie unterdrücken die Informationen, aber die Menschen wollen sie auch nicht hören. Es ist etwas sehr Unangenehmes. Aber es ist eine Realität für die Betroffenen. Die Sanktionen sind die Ursache für das Sterben von Menschen. Aus diesem Grund bin ich sehr besorgt über das Konzept der geplanten Verhinderung von «Desinformation». Die EU hat beschlossen, ein Gesetz gegen «Desinformation» auf den Weg zu bringen, das gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche, politische und kulturelle Rechte verstösst und auch das Recht auf freie Meinungsäusserung in Frage stellt. Ich sehe darin eine grosse Gefahr für das Recht auf freie Meinungsäusserung und die Pressefreiheit.»

Quelle: <https://www.tehrantimes.com/news/476684/UN-Rapporteur-says-greatly-affected-by-impact-of-sanctions-on> (Übersetzung Zeit-Fragen)

«Die Staaten sind nach den internationalen Menschenrechtsbestimmungen verpflichtet zu garantieren, dass alle Aktivitäten, die unter ihrer Gerichtsbarkeit oder Kontrolle stehen, nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen. In diesem Zusammenhang fordere ich die sanktionierenden Staaten, insbesondere die Vereinigten Staaten, auf, die Prinzipien und Normen des Völkerrechts zu achten, auch im Hinblick auf die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten, und alle einseitigen Massnahmen aufzuheben, insbesondere in den Bereichen, die die Menschenrechte und das Leben aller Menschen im Iran betreffen.»

Alena Douhan

Quelle: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/05/iran-unilateral-sanctions-and-overcompliance-constitute-serious-threat-human> (Übersetzung Zeit-Fragen)

Angesichts der wirtschaftlichen Belastung durch die einseitigen Sanktionen gegen den Iran befinden sich viele Iraner in einer prekären Lage und sind zu 100 % von staatlicher Unterstützung abhängig. Da keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen und die Einnahmen schrumpfen, ist der Iran nicht in der Lage, neue Gesundheitseinrichtungen zu bauen und auszustatten, obwohl dies angesichts des geringeren Einkommens der Menschen im Land und des Zustroms afghanischer Flüchtlinge (insbesondere wurde berichtet, dass seit August 2021 mehr als 850 000 von ihnen im Iran eingetroffen sind, wobei täglich 5000 bis 10 000 kommen) immer dringender erforderlich ist.

Das Problem der
Übererfüllung von Sanktionen

Bereits im letzten Interview mit unserer Zeitung haben Sie von einer Übererfüllung von Sanktionen gesprochen, insbesondere auch von seiten jener Länder und Organisationen, die Hilfe leisten möchten. Gilt dies auch für den Iran?

Ja, das Problem der Übererfüllung betrifft die Geber humanitärer Hilfe für den Iran, unabhängig davon, ob es sich um andere Länder oder NGOs handelt. Sie sehen sich insbesondere mit Problemen von Banken konfrontiert, die keine Transaktionen abwickeln wollen, an denen der Iran beteiligt ist oder irgend etwas, das nach einem Bezug zum Iran aussieht, einschliesslich des Verkaufs sogenannter persischer Puppen, die nicht aus dem Iran stammen, oder die von Transaktionen abschrecken, indem sie höhere Gebühren verlangen, aufwendige Unterlagen verlangen oder deren Bearbeitung länger dauert.

Auf Grund der Übererfüllung der Vorschriften scheinen die Iraner von der internationalen Zusammenarbeit in vielen Bereichen wie Sport, Kunst und Wissenschaft abgeschnitten zu sein. Es wurde berichtet, dass Fachleute, darunter auch Angehörige der Gesundheitsberufe, keinen Zugang zu Online-Kommunikations- und Forschungsplattformen haben, sich nicht für die Teilnahme an internationalen Konferenzen anmelden können, kein Geld für die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen überweisen können, daran gehindert werden, Studien- und Forschungsstipendien zu beantragen und Artikel bei ausländischen Zeitschriften einzureichen.¹

Bewusstsein schärfen, weltweite
Kooperationsnetzwerke aufbauen

Können Sie sagen, wie sich Ihre Arbeit als UN-Sonderberichterstatterin für unilaterale Sanktionen auswirkt?

Ich versuche unter anderem, das Bewusstsein für die humanitären Probleme zu schärfen, die einseitige Sanktionen verursachen, und auch dafür, dass diese Sanktionen nur zu häufig nicht mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Länder übereinstimmen, die sie verhängen. Die Tatsache, dass Nachrichtenmedien in aller Welt über meine offiziellen Besuche im Iran und in anderen Ländern berichten und meine Berichte an den UN-Menschenrechtsrat und die Generalversammlung sowie meine Erklärungen im allgemeinen zur Kenntnis nehmen, ist ein Beweis dafür, dass dies funktioniert. Das Problem anzuerkennen ist der erste Schritt zu seiner Lösung.

Ich versuche auch, Kooperationsnetze zwischen Staaten, Wissenschaftlern, Nichtregierungsorganisationen und UN-Einrichtungen aufzubauen. Letzte Woche kam ich von einer Reise zurück, auf der ich mit einer Reihe von

UN-Organisationen, darunter FAO, WHO, Unesco, UNCTAD und vielen anderen, Kooperationsmöglichkeiten für humanitäre Folgenabschätzungen erörtert habe.

Beeindruckt vom Mut der
Bevölkerung und der gegenseitigen Hilfe

Eine weitergehende Frage am Schluss: Welche Eindrücke vom Land und von den Menschen im Iran haben Sie gewonnen? Wie gehen die Menschen mit den für sie einschneidenden Sanktionen alltäglich um?

Ich respektiere den Iran und seine Geschichte und Kultur und natürlich auch seine Bevölkerung. Was mich bei meinem Besuch beeindruckt hat, ist der Mut der iranischen Bevölkerung und ihre Fähigkeit, sich so gut wie möglich an das Leben in einem Umfeld anzupassen, das zu einem grossen Teil durch die einseitigen Sanktionen gegen das Land bestimmt wird. Ich war sehr beeindruckt von der Unterstützung, die die schwächsten Gruppen ihren Gruppenmitgliedern gewähren, um mit den Herausforderungen der einseitigen Sanktionen fertigzuwerden.

Ich möchte anmerken, dass die iranische Regierung eine Reihe von Massnahmen ergriffen hat, um die Auswirkungen der einseitigen Sanktionen abzumildern, indem sie die einheimische Produktion von rund 95 Prozent der Medikamente ausbaut, die einheimische Produktion und Landwirtschaft fördert, Subventionen umverteilt und afghanischen Flüchtlingen freien Zugang zu medizinischer Grundversorgung und Schulbildung gewährt.

Diese Massnahmen reichen jedoch nicht aus, um den Menschen im Iran ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Man kann festhalten, dass die gesamte iranische Bevölkerung in der einen oder anderen Form von den einseitigen Sanktionen betroffen ist, wobei die Schwächsten am meisten leiden. •

¹ <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/07/unilateral-sanctions-threaten-scientific-research-and-academic-freedom-un> (Übersetzung Zeit-Fragen)

«Was bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen hat, waren die Auswirkungen der Sanktionen auf das Gesundheitssystem. Ich habe mit Notfallpatienten gesprochen, mit Menschen, die an genetischen Krankheiten leiden, und mit einigen, die an Krebs erkrankt sind. Ich habe auch mit Mitgliedern von Patientenorganisationen gesprochen, die sich um Menschen mit schweren Krankheiten kümmern, wie z.B. verschiedene Arten von Hautkrankheiten, gynäkologische Krankheiten sowie Blutkrankheiten, schwere Formen von Diabetes usw. All diese Menschen leiden an diesen Krankheiten, und nicht einmal die entsprechenden Medikamente sind verfügbar.»

Alena Douhan

Quelle: <https://www.tehrantimes.com/news/476684/UN-Rapporteur-says-greatly-affected-by-impact-of-sanctions-on> (Übersetzung Zeit-Fragen)

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

80 Jahre nach Stalingrad – Deutschland führt wieder Krieg gegen Russland

Den Preis dafür müssen die Bürger zahlen

von Karl-Jürgen Müller

In Deutschland haben nicht viele daran erinnert – und schon gar nicht im voreiligen «Sieges»-Taumel der vergangenen Tage: Vor 80 Jahren, im Spätsommer 1942, begann die deutsche Wehrmacht, unterstützt von anderen Kriegsgegnern der Sowjetunion, ihren Angriff auf die am unteren Wolgalauf gelegene Gross- und Industriestadt Stalingrad. Am 12. September 1942 verlangte *Hitler* vom Befehlshaber der deutschen Truppen General *Paulus* die Einnahme Stalingrads. «Die Russen», so auch Hitler damals, seien «am Ende ihrer Kraft.»¹ Am 13. September begann der deutsche Grossangriff mit der Bombardierung durch Sturzkampfbomber und massivem Beschuss aus Feldartillerie und Mörsern auf den inneren Verteidigungsgürtel Stalingrads. Am Ende stand eine vernichtende deutsche Niederlage und der Schlachten-Tod von mehr als 1 Million Menschen.

Immer mehr deutsche Waffen für die Ukraine

Heute, 80 Jahre später, fordern deutsche Politiker – auf breiter Front und angetrieben von privaten und öffentlich-rechtlichen Medien –, noch mehr schwere Waffen in die Ukraine zu liefern. So berichtete die *ARD-Tagesschau* am 11. September auf ihrer Internetseite: «Führende Politiker der Ampel-Parteien im Bundestag haben mehr Unterstützung für die ukrainische Militäroffensive gegen die russischen Angreifer gefordert. «Deutschland muss umgehend seinen Teil zu den Erfolgen der Ukraine beitragen und geschützte Fahrzeuge, den Schützenpanzer *Marder* und den Kampfpanzer *Leopard 2* liefern», sagte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, *Marie-Agnes Strack-Zimmermann*, der Nachrichtenagentur *dpa*. Deutschland stehe damit an der Seite des ukrainischen Volkes und übernehme eine «führende Rolle in Europa im Kampf für Demokratie in Frieden und Freiheit». Die FDP-Politikerin forderte auch, keine Zeit zu verlieren. «Und schon gar nicht ist dies die Zeit des Zauderns und Zögerns», so Strack-

Zimmermann weiter.»² Der SPD-Vorsitzende *Lars Klingbeil* nahm ähnlich Stellung. Die aktuellen militärischen Erfolge des ukrainischen Militärs seien nicht zuletzt das Resultat davon, «dass der Westen, dass Deutschland, dass wir wahnsinnig viele Waffen geliefert haben in den letzten Wochen und Monaten. Und das muss weitergehen. Das wird auch weitergehen».³ Anders noch als in den vergangenen Monaten könne es nun auch darum gehen, deutsche Kampfpanzer zu liefern – nach Abstimmung mit den Nato-Partnern. Jetzt aber will die deutsche Politik der gedankliche Vorreiter sein. Klingbeils Parteikollege *Michael Roth*, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, sekundierte, nun gehe es darum, die Ukraine schnell mit weiteren Waffen zu beliefern – für den Sieg auf dem Schlachtfeld.⁴ Mehr schwere deutsche Waffen für die Ukraine, so war am 12. September zu lesen⁵, fordert auch der Vorsitzende von *Bündnis 90/Die Grünen*, *Omid Nouripour*.

Deutschland hat «rote Linien» überschritten und agiert wie ein Feind Russlands

So darf es niemanden verwundern, wenn die in Deutschland verbotene Internetseite *RT DE* am 4. September schreibt: «Deutschland agiert wie ein Feind Russlands.» Der ehemalige russische Präsident und Ministerpräsident *Dmitri Medwedew*, heute stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, hatte dies nach einer Pressekonferenz der deutschen Regierungsparteien vom selben Tag mit einer Kurznachricht verbreitet. *RT DE* schrieb dazu: «Medwedew ist nicht der einzige, der sich angesichts dessen, dass deutsche Waffen wieder russische Soldaten und Zivilisten im Donbass töten, wundert, was Deutschland denn aus der Niederlage 1945 gelernt hat. Offensichtlich nicht das, was die Sieger den Deutschen beibringen wollten.» Und fügte hinzu: «Die deutsche Aggression gegen russische Sicherheits- und Existenzinteressen hat übrigens schon 2013 auf dem Kiewer Maidan begon-

nen. Spätestens.» *RT DE* hat seinem Artikel ein Bild beigelegt, das *Olaf Scholz* vor einem deutschen *Gepard*-Panzer im deutschen Trainingslager für ukrainische Soldaten in Putlos in Schleswig-Holstein zeigt.

In einem am 12. September von der russischen Zeitung «*Iswestija*» veröffentlichten Interview mit dem Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland, *Sergej Netschajew*, sagte dieser: «Allein die Lieferung tödlicher Waffen an das ukrainische Regime, die nicht nur gegen russische Soldaten, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung im Donbass eingesetzt werden, ist eine «rote Linie», die die deutsche Regierung [...] nicht hätte überschreiten dürfen.»⁶ Die deutsche Regierung habe im Zuge der Ukraine-Krise die guten bilateralen Beziehungen zu Russland zerstört und höhle den Versöhnungsprozess zwischen den Völkern aus. Deutschland sei auch eine der treibenden Kräfte bei der Sanktionspolitik des Westens gegen Russland.

Den Preis für den Krieg zahlen die Bürger

Wie in allen Kriegen, so gilt auch jetzt wieder: Den Preis für den deutschen Krieg gegen Russland wird der deutsche Bürger zahlen müssen. Deutsche im Osten des Landes – also in dem Landesteil, der sich schon einmal, vor mehr als 30 Jahren, dem Westen des Landes beugen musste – haben offensichtlich ein grösseres Sensorium dafür, sie merken es jetzt schon. Das zeigen die zahlreichen Stellungnahmen aus Ostdeutschland: Sie reichen von mittelständischen Betrieben⁷ über Bürgermeister⁸ bis hin zum Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen⁹. Und wohl auch die meisten derjenigen, die am 5. September zu einer ersten «Montagsdemonstration» in Leipzig zusammenkamen, werden so denken – auch wenn erneut damit zu rechnen ist, dass sich Falschspieler an die Spitze der Bewegung zu stellen versuchen.

Hinzu kommt, dass es nicht nur Kriegsverlierer, sondern wieder einmal auch Kriegsgewinnler gibt. Der Ökonom *Christian Kreiß*

hat in den deutschen *Nachdenkseiten* am 6. September darauf hingewiesen: «Wer profitiert von der deutschen Aussen- und Wirtschaftspolitik? Des einen Leid, des anderen Freud.»¹⁰

Schliesslich ist auch die These zu prüfen, dass nicht nur die Kriegspolitik der deutschen Regierung, sondern auch die fatalen Folgen für die deutsche Bevölkerung sowohl zu ideologischen Konzepten einer deutschen Regierungspartei passen, als auch dem wirtschaftlichen Konkurrenten USA genehm sind.

Die deutsche Politik und die deutschen Medien wissen um den Unmut unter den Bürgern. Sie steuern mit Durchhalteparolen gegen. Ein Beispiel dafür war die ARD-Sendung «Hart aber fair» vom 5. September. «Der Winter naht, der Krieg wirkt fern: Was ist uns die Freiheit der Ukraine wert?» war der Titel der Sendung. Auf der Internetseite des Politik-Talks ist zu lesen: «Deutschland sorgt sich um teures Gas, die Ukraine kämpft ums Überleben. Ist die warme Wohnung hier wichtiger als der Krieg dort?»¹¹ Alle Talk-Teilnehmer waren Kriegsbefürworter.

Historiker weisen allerdings darauf hin: Als im Sommer 1942 die Schlacht um Stalingrad begann, sei der Krieg für das Deutsche Reich bereits verloren gewesen.¹²

PS: Am 13. September haben der deutsche Kanzler Olaf Scholz und der russische Präsident *Wladimir Putin* 90 Minuten lang miteinander telefoniert. In unseren Medien ist davon die Rede, Scholz habe auf eine diplomatische Lösung des Krieges in der Ukraine gedrängt. Wenn man die Presseerklärung der deutschen Regierung (siehe Kasten) zum Telefonat liest, erkennt man allerdings nur die bekannten deutschen Forderungen, so wie sie schon vor dem 24. Februar 2022 formuliert worden waren, und Ermahnungen an die russische Seite. Aber keinerlei Eingehen auf die russische Position, keinerlei Kritik an der Politik der derzeitigen ukrainischen Regierung und Kriegsführung und keinerlei Thematisierung der Frage, ob es der Bevölkerung in den mehrheitlich russisch sprechenden Landesteilen nach allem, was geschehen ist, überhaupt noch zuzumuten ist, in einem Staat Ukraine mit einer radikal und gewaltsam antirussischen Politik zu leben. Die Presseerklärung des russischen Präsidialamtes listet demgegenüber konkrete Punkte auf, über die es sich lohnen würde, auch in unseren Medien zu berichten.

•

Presseerklärung der deutschen Bundesregierung

Bundeskanzler *Olaf Scholz* hat am heutigen Nachmittag (13. September) mit Russlands Präsidenten *Wladimir Putin* telefoniert. Das Gespräch erfolgte im Nachgang zu dem Telefonat des Bundeskanzlers mit dem ukrainischen Präsidenten *Selenski* in der vergangenen Woche (7. September). Das 90minütige Gespräch war dem andauernden russischen Krieg gegen die Ukraine und seinen Folgen gewidmet.

Der Bundeskanzler drängte angesichts der Ernsthaftigkeit der militärischen Lage und der Konsequenzen des Krieges in der Ukraine gegenüber dem russischen Präsidenten darauf, dass es so schnell wie möglich zu einer diplomatischen Lösung komme, die auf einem Waffenstillstand, einem vollständigen Rückzug der russischen Truppen und Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der

Ukraine basiert. Der Bundeskanzler betonte, dass etwaige weitere russische Annexionsschritte nicht unbeantwortet bleiben und keinesfalls anerkannt würden.

Der Bundeskanzler forderte den russischen Präsidenten auf, gefangengenommene Kombattanten gemäss den Vorgaben des Humanitären Völkerrechts, insbesondere der Genfer Abkommen, zu behandeln sowie einen ungehinderten Zugang des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz* sicherzustellen.

Mit Blick auf die Lage am Atomkraftwerk Saporischschja betonte der Bundeskanzler die Notwendigkeit, die Sicherheit des Atomkraftwerks zu gewährleisten. Der Bundeskanzler forderte in diesem Zusammenhang, jegliche Eskalationsschritte zu vermeiden und die im Bericht der *Internationalen Atomenergieagentur* emp-

fohlenen Massnahmen umgehend umzusetzen.

Der Bundeskanzler und der russische Präsident sprachen zudem über die globale Lebensmittellage, die infolge des russischen Angriffskrieges besonders angespannt ist. Der Bundeskanzler hob die wichtige Rolle des Getreideabkommens unter der Ägide der Vereinten Nationen hervor und appellierte an den russischen Präsidenten, das Abkommen nicht zu diskreditieren und weiter vollständig umzusetzen.

Der Bundeskanzler und der russische Präsident vereinbarten, weiterhin in Kontakt zu bleiben.

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundeskanzler-scholz-telefoniert-mit-dem-russischen-praesidenten-putin-2125516> vom 13.9.2022

Presseerklärung des russischen Präsidialamtes

Wladimir Putin führte ein Telefongespräch mit dem deutschen Bundeskanzler *Olaf Scholz*.

Die beiden Staats- und Regierungschefs befassten sich mit den Entwicklungen in der Ukraine im Zusammenhang mit der speziellen Militäroperation Russlands. *Wladimir Putin* lenkte die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers insbesondere auf die eklatanten Verstösse der Ukraine gegen das Humanitäre Völkerrecht und den anhaltenden Beschuss von Städten im Donbass, bei dem Zivilisten getötet und die zivile Infrastruktur absichtlich beschädigt werden.

Auch die Sicherheit des Kernkraftwerks Saporischschja (ZNPP) wurde erörtert. Der russische Präsident erläuterte ausführlich die von der IAEA koordinierten Massnahmen zur Gewährleistung des physischen Schutzes des KKW, das in der Ukraine trotz der ersten Gefahr einer Katastrophe grösseren Ausmasses ständigen Raketenangriffen ausgesetzt ist.

Bei einem Meinungsaustausch über die Umsetzung des am 22. Juli in Istanbul geschlossenen Getreideabkommens betonte *Wladimir Putin* dessen Paketcharakter und erläuterte seine Besorgnis über die geografische Unausgewogenheit der ukrainischen Getreidelieferungen auf dem Seeweg, von denen nur ein verschwindend geringer Teil an die bedürftigsten Länder geht. Darüber hinaus gibt es keine Fortschritte bei der Beseitigung von Hindernissen für russische Lebensmittel- und Düngemittelausfuhren. Der Präsident bestätigte, dass Russland bereit ist, grosse Mengen an Getreide auf externe Märkte zu liefern und bedürftigen Ländern den in europäischen Häfen blockierten Dünger kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage des Bundeskanzlers antwortete *Wladimir Putin*, dass Russland im Gegensatz zu Kiew dem *Internationalen Komitee vom Roten Kreuz* Zugang zu Kriegsgefangenen gewährt.

Zur aktuellen Energiesituation in Europa betonte *Wladimir Putin*, dass Russland immer ein zuverlässiger Lieferant von Energieressourcen gewesen sei und bleibe und alle seine vertraglichen Verpflichtungen erfülle, während etwaige Unterbrechungen, zum Beispiel beim Betrieb von *Nord Stream 1*, auf antirussische Sanktionen zurückzuführen seien, die die technische Wartung der Pipeline behinderten. In Anbetracht der Tatsache, dass die Gaslieferungen über die Ukraine und Polen von deren Regierungen gestoppt wurden, sowie der Weigerung, *Nord Stream 2* in Betrieb zu nehmen, wirken die Versuche, die Schuld für Europas Energieprobleme auf Russland zu schieben, sehr zynisch.

Die Staats- und Regierungschefs kamen überein, den Kontakt aufrechtzuerhalten.

Quelle: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/69343> vom 13.9.2022 (Übersetzung Zeit-Fragen)

¹ zitiert nach <https://www.dw.com/de/stalingrad-als-wende-im-zweiten-weltkrieg/a-42320785> vom 2.2.2018

² <https://www.tagesschau.de/inland/ampel-bundesregierung-waffenlieferungen-ukraine-101.html> vom 11.9.2022

³ ebenda

⁴ ebenda

⁵ <https://www.berliner-zeitung.de/news/gruenen-chef-omid-nouripour-fordert-mehr-waffen-fuer-ukraine-verteidigungsministerinchrstine-lam-brecht-skeptisch-li.266086> vom 12.9.2022

⁶ zitiert nach <https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-russischer-botschafter-berlin-ueberschreitet-mit-waffen-rote-linie/28675340.html> vom 12.9.2022

⁷ <https://www.handwerk-pro-leipzig.de/ml/news/11749467/nachrichten/offener-obermeisterbrief-an-den-bundeskanzler-und-minister-pr%C3%A4sidenten-von-sachsen.html>; <https://www.bbglive.de/2022/08/19/offener-brief-der-kreishandwerkerschaft-an-das-bundeskanzleramt/>; http://www.khs-anhalt.de/Obermeisterbrief_2022.pdf

⁸ <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Buergermeister-auf-Ruegen-fordern-Macht-Nord-Stream-2-auf-nordstream766.html> vom 27.7.2022

⁹ ««Die Waffen müssen schweigen, sonst stürzt die ganze Welt ins Chaos». Sachsens Ministerpräsident *Michael Kretschmer* verteidigt seine Aussage, den Krieg in der Ukraine «einzufrieren». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 8.9.2022

¹⁰ <https://www.nachdenkseiten.de/?p=87655> vom 6.9.2022

¹¹ <https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/videos/video-der-winter-naht-der-krieg-wirkt-fern-was-ist-uns-die-freiheit-der-ukraine-wert-102.html>

¹² <https://www.deutschlandfunk.de/80-jahre-schlacht-von-stalingrad-interview-soenke-neitzel-militaerhistoriker-dlf-1e1b967d-100.html> vom 20.8.2022

Was war der Auslöser der russischen «Spezialoperation»? Ukrainischer Angriffsplan oder russischer Imperialismus?

von Hans Rudolf Fuhrer

Die Diskussion des Konflikts in der Ukraine zeigt aktuell noch eine grosse Verwirrung. Die Propagandalügen der Ukrainer werden nicht mehr alle unbesehen geglaubt und die russischen Gegendarstellungen nicht mehr nur als verlogene Rechtfertigung eines verbrecherischen Aggressors verurteilt. Langsam beginnt sich eine objektivere Beurteilung der Ursachen und der Gründe der russischen «Spezialoperation» zu Wort zu melden. Das Grundprinzip des römischen Rechts: «Audiat et altera pars» (man muss auch die andere Seite hören) wird zunehmend respektiert. Es ist denkbar, dass das Freund-Feind-Verhältnis als «zentrale Bestimmung allen politischen Handelns» (Carl Schmitt 1932) wieder dem «Konzept der kommunikativen Vernunft» (Jürgen Habermas 2022) Platz macht, obwohl es Konrad Paul Liessmann, «Wissen, wer Freund ist und wo der Feind steht» («Neue Zürcher Zeitung» vom 20.8.2022), bezweifelt. Seine Gedanken will ich mit eigenen Überlegungen erweitern.

Ist dereinst sogar eine Präventivkriegsthese zu diskutieren?

In der GMS-Jahresschrift 2022 «Feindbild Moskau» habe ich die Diskussion um die deutsche Präventivkriegsbegründung des Überfalls auf die Sowjetunion 1941 aus neutraler Warte analysiert. Dabei hat sich gezeigt, dass der Begriff des Präventivkriegs unscharf definiert ist. Ein Schlüsseldokument, auf Grund dessen das Problem objektiv diskutiert werden kann, hat uns die US-Regierung vor 20 Jahren geliefert. Der Terrorakt des 11. Septembers 2001 auf die Twin Towers in New York hat der Diskussion um die völkerrechtliche Rechtmässigkeit eines Präventivkriegs einen entscheidenden Schub zur Klärung verliehen, der für die Beurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine mitberücksichtigt werden muss. Am 17. September 2002 legte der US-Präsident George W. Bush dem Kongress einen neuen Begriff vor: «Präemption» (Zuvorkommen). Von einem präemptiven Angriff spricht man, wenn dieser vor einer unmittelbar zu erwartenden gegnerischen Angriffshandlung stattfindet.

Als präventiv gilt eine offensive Kriegshandlung, wenn sie lediglich auf der Annahme beruht, dass vom definierten Gegner eine potentielle Gefahr ausgeht, welche die eigenen Sicherheitsinteressen existentiell bedroht.

Wertung

Diese US-Definition muss für die Beurteilung des russischen Verhaltens wegleitend

sein. Präemption kann unter dem Aspekt der Selbstverteidigung durchaus legitim sein und wird auch durch die Uno-Charta (Art. 51,7) als legal gestützt. Es müssen also unmittelbar bevorstehende oder bereits ausgelöste kriegerische Akte der Ukraine gegen Russland oder gegen einen um Hilfe rufenden Verbündeten nachweisbar sein.

Die Prävention im Bush'schen Sinne, die vorbeugend die eigenen Interessen gegen einen als potentiell feindlich beurteilten Gegner mit militärischen Mitteln durchsetzt, ist meines Erachtens rechtlich nicht zu rechtfertigen und ist brutale Machtpolitik. Die russische Begründung, eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine im engeren und eine Nato-Ost-Erweiterung im weiteren Sinne gefährdeten vitale Sicherheitsinteressen Russlands, gehört zur zweiten Definition. Als vergleichbare US-Beispiele drängen sich die Kuba- und die Irak-Krise auf. Es gab für die USA ohne Zweifel sicherheitspolitische Gründe, die Stationierung von Raketen auf Kuba nicht hinnehmen zu wollen und im zweiten Fall einen Machtwechsel in Bagdad anzustreben. Den ersten Fall konnte man diplomatisch lösen, den zweiten nur mit Gewalt. Stossend ist, dass die entscheidenden Gründe zur kriegerischen Intervention schon vor der Aktion durch informierte Kreise nicht geglaubt und sich in der Rückschau als völlig haltlos erwiesen. Das Problem ist also die Richtigkeit der Informationsbasis, auf Grund derer eine Entscheidung zum Waffengang gegründet wird. Fakt ist, dass die Westeuropäer keine Wirtschaftssanktionen gegen die USA aussprachen und nur wenige an ihrer Ehrlichkeit zweifelten.

Wir müssen davon ausgehen, dass die Rechte, die eine Grossmacht wie die USA in Anspruch nimmt, grundsätzlich auch einer anderen Grossmacht zugestanden werden müssen. Diese können somit, gestützt auf ihre Sicherheitsinteressen, auch präventiv handeln. Damit stellen sich für den konkreten Fall «Ukraine» viele Fragen, die bisher in der westlichen Beurteilung weitgehend ausgeklammert wurden. Trotz der verbreiteten Meinung, diese verbrecherische Handlung Moskaus sei nicht zu diskutieren, sollen exemplarisch drei Fragen gestellt werden:

1. Bestand für die russische Führung eine «Notwendigkeit» des präemptiven Losschlagens? Definitionsgemäss muss also objektiv eine unmittelbar bevorstehende oder bereits ausgelöste ukrainische Offensive gegen Russland vorhanden sein.

Zwei Dokumente

Am 9. März veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium erbeutete geheime Dokumente der ukrainischen Nationalgarde, die einen geplanten Angriff auf die Separatisten im Donbass für den 8. März 2022 beweisen sollten. Die GEHEIM klassifizierten Dokumente – leider sind sie als Befehlspaket unvollständig, aber dennoch aussagekräftig genug, um Schlüsse ziehen zu können – wurden durch einen ausgewiesenen Experten auf meinen Wunsch hin untersucht, übersetzt und bewertet. Sie stammen vom 1. Stellvertreter und Stabschef der ukrainischen Nationalgarde. Dieser befiehlt am 22. Januar 2022 verschiedenen Kommandostellen (u. a. 4. Brigade mit Nato-Instrukto- ren) in einem ersten Befehl die Aufstellung von Bataillons-Kampfgruppen zur Erfüllung «spezieller Kampf- aufgaben» im Rahmen der «Operation der Vereinten Kräfte» (Bezeichnung für die Operation ukrainischer

Regierungstruppen gegen die bewaffneten Formationen der beiden abtrünnigen Oblaste). Der Empfang des Befehls wurde bestätigt.

Dieses erste Dokument ist fehlerfrei in einer einfachen ukrainischen Sprache abgefasst, die angebracht ist, denn der Verfasser musste sich dessen bewusst sein, dass es von Offizieren gelesen werden kann, deren Muttersprache Russisch ist. Registriervermerke sind nach sowjetischer Tradition handschriftlich eingefügt. Erstaunlich ist, dass das Dokument mit EDV-Mitteln geschrieben wurde, was seinerzeit in der Roten Armee bzw. ab 1946 in der Sowjetarmee verboten war.

Das zweite Dokument ist ein Befehl des Kommandanten der Nationalgarde vom gleichen Tag. Es basiert auf dem Befehl des Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte vom 19. Dezember 2021. Auch dieser Befehl ist als GEHEIM klassifiziert. Es wird zur Stärkung der Kampfkraft ebenfalls die Bildung von Bataillons-Kampfgruppen befohlen. Gemäss einem Ablaufplan werden die zu treffenden Massnahmen angeordnet, zum Beispiel Verbindungsaufnahme mit dem Kommando der Luftlandetruppen zwecks Unterstellung der Bataillons-Kampfgruppen bis zum 24. Januar, Inspektion der Logistik bis zum 3. Februar, Schulung der Zusammenarbeit mit der 80. Luftlande Brigade (Lla Br) bis zum 28. Februar im Ausbildungszentrum für Friedenserhaltende Operationen und Sicherheit der Armee in Staychi bei Lwow/Lwiw.

Was mit den Bataillons-Kampfgruppen nach dem 28. Februar geschehen sollte, ist aus dem Befehl nicht ersichtlich. Fest steht, dass die 80. Lla Brigade zu dieser Zeit nicht im Donbass eingesetzt war. Die auf den Befehlen ersichtlichen zusätzlichen Verbände sind Heeresflieger mit Helikoptern und Drohnen sowie Übermittlungsformationen. Das deutet auf einen grossen operativen Einsatz hin.

Wertung

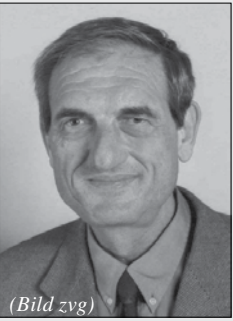
Es kann ausgeschlossen werden, dass diese befohlene Verstärkung der Kampfkraft der ukrainischen Regierungstruppen im Januar 2022 eine Folge von besonderen Aktivitäten der Aufständischen gewesen ist. Im Donbass war es seit Wochen ruhig.

Denkbar sind Massnahmen des ukrainischen Oberkommandos als Reaktion auf den russischen Truppenaufmarsch ab Ende November 2021. In diesem Sinne wären sie als Verteidigungsvorbereitungen legitimiert.

Der Plan ist jedoch offensiv und seine Authentizität seither durch weitere Puzzleteile, welche im Dorf Bugaevka in der Region Char-kiw erbeutet wurden, aus russischer Sicht bestätigt. Alles deutet darauf hin, dass er kein propagandistisches Machwerk des russischen Verteidigungsministeriums ist, doch fehlen wesentliche beweiskräftige Elemente.

Da der ukrainische Angriffsplan gegen die abtrünnigen Landesteile gerichtet war und nicht gegen Russland im territorialen Sinne, stellen sich zwei Folgefragen.

2. Gibt es ein Sezessionsrecht? Das Sezessionsrecht hängt vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ab. Es ist ein inter-



Privatdozent Dr. phil. Hans Rudolf Fuhrer (*1941). Lehrer auf allen Schulstufen, zuletzt Lehr- und Forschungstätigkeit an der Sekundarlehrausbildung/Universität Zürich (SFA) bis 1990, an der Militärakademie/ETH Zürich und PD an der Universität Zürich bis 2006 und seither an den Seniorenuniversitäten/Volkshochschulen Luzern, Winterthur und Zürich. Ehrenmitglied der Gesellschaft für Militärgeschichte Studienreisen (GMS). Diverse Publikationen vor allem zur schweizerischen Militärgeschichte. Oberst aD, als Milizoffizier zuletzt Kommandant eines Motorisierten Infanterieregiments. (Kontaktadresse: Juststrasse 32 CH-8706 Meilen, hansrfuhrer@bluewin.ch)

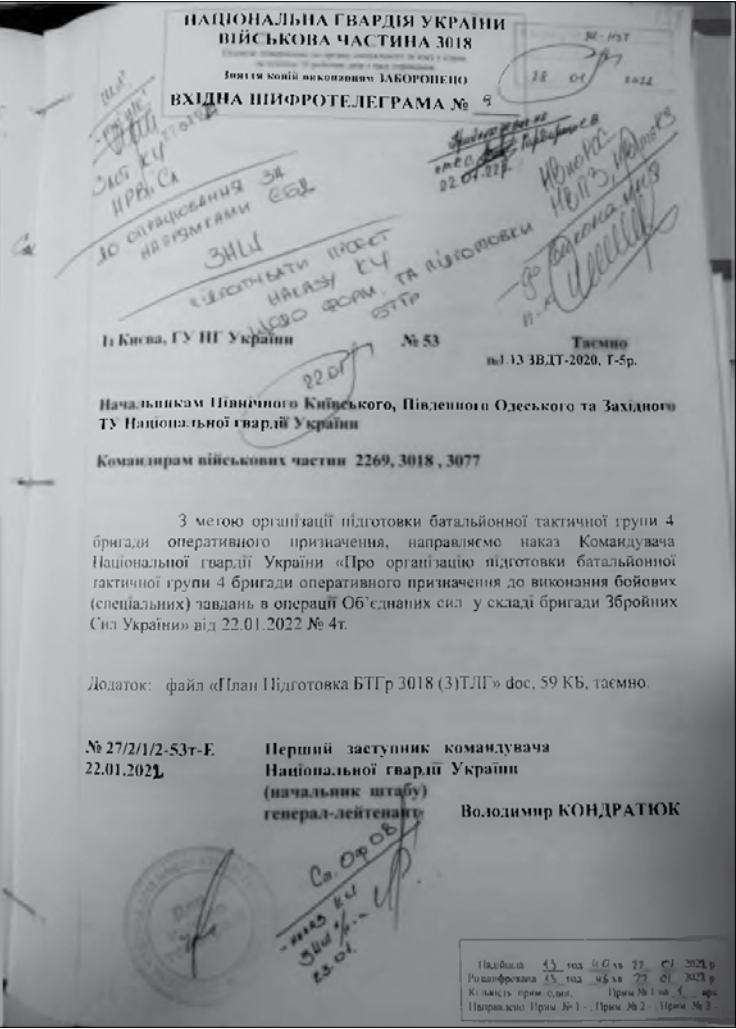
national verbrieftes positives Recht. Durch Artikel 1,1 der beiden Internationalen Menschenrechtspakte aus dem Jahr 1966 (IP-WSKR) und durch die Charta der Vereinten Nationen (Artikel 1,2) ist es vertraglich unter bestimmten Voraussetzungen (u. a. eine erhebliche Mehrheit muss für die Sezession stimmen) gesichert und gilt universell. Trotzdem gibt es beispielsweise die deutsche Staatsrechtslehre, welche die Sezession eines Staatsteiles von einem Staat als illegal erklärt.

Wertung

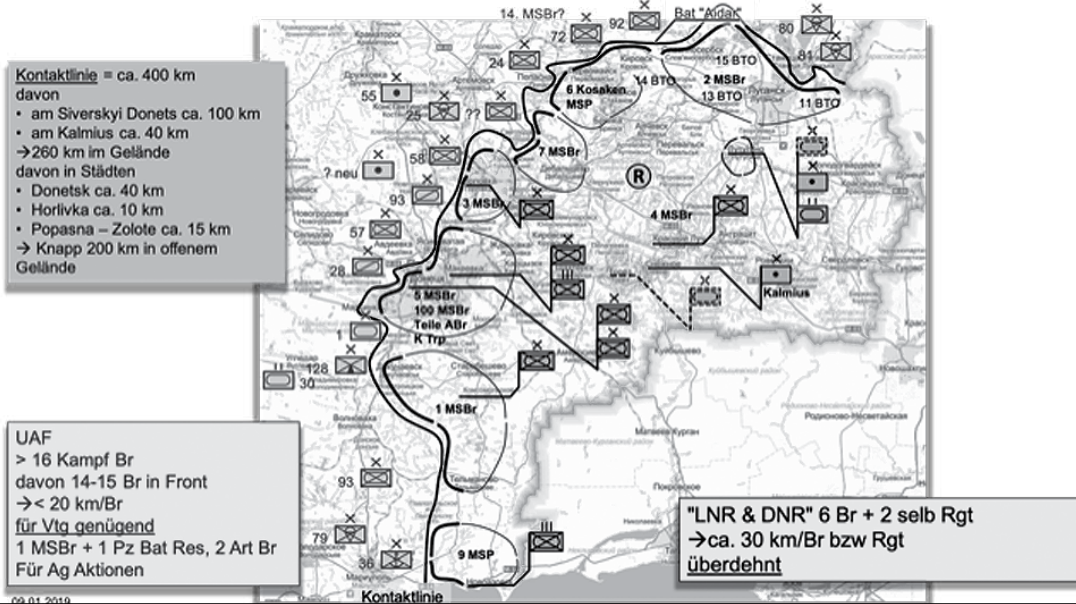
Die verschiedenen Sezessionsstreitigkeiten (u. a. Baskenland/Katalonien, Kurdistan, Taiwan), die alle eigenständig beurteilt werden müssen, die umstrittene Definition, was ein «Volk» ist, dem das Sezessionsrecht zukommt, und das grundsätzliche Bestreiten des Sezessionsrechts durch Staatsrechtler zeigen, dass alles viel komplizierter ist und nationale Interessen die Anwendung dieses Rechts oft verhindern.

Sehr wichtig scheint mir die Tatsache zu sein, dass beispielsweise die Anerkennung des von Serbien abtrünnigen Kosovo durch keine Volksabstimmung im Kosovo (nur ein Parlamentsbeschluss) legitimiert ist. Nur ein Urteil des IGH in Den Haag hat das Sezessionsrecht der Kosovaren bestätigt. Dieses wegweisende Urteil hätte implizite auch für die Krim und in den beiden Oblasten Donezk und Lugansk angewendet werden müssen (in allen mit Volksentscheiden). Erschwerend kommt hinzu, dass die Krim nach einem Beitritts-gesuch in Russland integriert wurde und die beiden Oblaste nach einer Bitte durch einen Beschluss der Duma am 22. Februar 2022 anerkannt wurden. Präsident Putin hat sich lange geweigert, diesen Schritt zu vollziehen. Der Westen hat diese beiden Prozesse nie akzeptiert und beide als völkerrechtswidrig verurteilt. Die Rechtmässigkeit

Fortsetzung auf Seite 9



Auszug aus den am 9. März 2022 vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlichten Dokumenten, die ukrainische Angriffspläne auf den Donbass belegen sollen. (Bild <https://www.anti-spiegel.ru/wp-content/uploads/2022/03/dokumentynua.pdf>)



Das Dispositiv der ukrainischen Armee hat sich seit 2019 kaum verändert. Die Truppen wurden zwar teilweise ausgetauscht, so dass die Verbandsnummern für den Februar 2022 mit gewissen Vorbehalten zu betrachten sind, was der Aussagekraft des Aufmarsches jedoch keinen Abbruch tut. (Grafik Ralph Bosshard)

«Was war der Auslöser der russischen ...»
Fortsetzung von Seite 8

wurde also anders beurteilt als in der Kosovo-Frage. Eine neutrale Begründung dieser unterschiedlichen Haltung des Westens wurde bislang nicht erbracht.

3. Gibt es ein Recht zur Intervention in einem innerstaatlichen Konflikt?

Seit 2014/15 (Minsker Abkommen) hat die ukrainische Regierung trotz Unterschrift die geforderte umfassende Autonomie der beiden Oblaste weiterhin als Teil der Ukraine nie akzeptiert. Sie hat sich auf nationale Interessen und auf vertragliche Zusicherungen der territorialen Unantastbarkeit ihrer Nation berufen. Sie hat deshalb seit acht Jahren unablässig Krieg gegen die abtrünnigen Landesteile geführt. Russland hat in verschiedenster Weise den Kampf der Separatisten unterstützt, ohne offen zu intervenieren. Im Gegensatz zur verdeckten und offenen Unterstützung der ukrainischen Armee durch die Nato unter US-Führung ist das russische Verhalten immer scharf kritisiert worden. Am 24. März 2021 hat Präsident Selenski das schon seit dem Amtsantritt geäußerte strategische Ziel zur Zurückerobung der abtrünnigen Provinzen und der Krim durch ein Dekret bestätigt. Daraufhin begann sich die ukrainische Armee an der Konfrontationslinie ständig zu verstärken. Die US-Satellitenbilder müssen zweifellos – sollten sie jemals freigegeben werden – neben dem russischen auch den ukrainischen Truppenaufmarsch belegen können. Seit dem 15. Februar 2022 registrierten die OSZE-Beobachter intensive Funkstörungen und gesteigertes Artilleriefeuer in den Donbass ohne Veranlassung durch den Beschuss ukrainischer Stellungen durch die Separatisten (15. Februar: 41; 16. Februar: 76; 17. Februar: 316; 18. Februar: 654; 19. Februar: 1413; 20.–21. Februar: 2026; 22. Februar: 1484). Zu den über 15 000 Opfern unter der Zivilbevölkerung und den Zerstörungen der vergangenen acht Jahre kamen viele neue dazu. Im Westen erhoben sich trotz Unterschrift unter die Minsker Verträge weiterhin keine Proteste.

Fakt ist, dass die ukrainischen Verbände am 24. Februar nicht erst aus der Tiefe des Raumes an die Ostfront herbeigeführt werden mussten. Die ukrainischen Angriffsverbände der ersten Staffel waren an der Konfrontationslinie zum Donbass bereit (14–15 mechanisierte Brigaden).

Das Dispositiv der ukrainischen Armee hat sich seit 2019 kaum verändert. Die Truppen wurden zwar teilweise ausgetauscht, so dass die Verbandsnummern für den Februar 2022



Ukrainische Ultra-Nationalisten und internationale Sympathisanten mit faschistischem Gedankengut. (Bild <https://twitter.com/Conflicts/status/538103872322289664/photo/1>)

mit gewissen Vorbehalten zu betrachten sind, was der Aussagekraft des Aufmarsches jedoch keinen Abbruch tut.

Den russischen Nachrichtendiensten blieb diese Truppenkonzentration nicht verborgen, und die sich abzeichnende Gefahr wurde beispielsweise in der «Komsomolskaja Prawda» vom 9.–15. Februar in vier möglichen Szenarien der Leserschaft zur Kenntnis gebracht. Es wurden umfangreiche Evakuationen der Zivilbevölkerung vorgenommen.

Am 24. Februar 2022 kamen zwei weitere Elemente dazu: der Hilferuf der beiden von Russland anerkannten Republiken und unter diesem Gesichtspunkt die Intervention aus humanitären Gründen.

Präsident Putin hat, indem er den beiden Republiken angesichts des unmittelbar bevorstehenden militärischen Niederwerfens zu Hilfe gekommen ist, Nothilfe geleistet. Aus seiner Sicht hat die vertragsmässige Hilfe das Interventionsverbot des Völkerrechts ausser Kraft gesetzt. Vor dem Entscheid zur sogenannten «Spezialoperation» hat er mehrmals darauf hingewiesen, dass es gelte, ein «Srebrenica» im Donbass zu verhindern. Er stützte sich dabei auf die Geschehnisse der vergangenen acht Jahre (u. a. in Mariupol), auf die deklarierten ukrainischen Angriffsabsichten und die nachrichtendienstlich zweifelsfrei festgestellten Angriffsvorbereitungen und vor allem auf die dokumentierte Realisierung der mehrmals geäußerten Drohung der Vernichtung der ethnischen Russen durch den «Rechten Sektor» in den vergangenen acht Jahren (u. a. «Russen sind Tiere, sie müssen eliminiert werden.» Dmitri Janosch).

Wertung

Da die abtrünnigen Republiken Russland völkerrechtskonform in Notwehr um militärische Hilfe angerufen haben (Art. 51 Uno-Charta), stellt sich die entscheidende Frage, ob eine ausstehende Macht auf Grund eines Hilferufs in jedem Fall berechtigt ist, in einen inneren Konflikt eines Staates einzugreifen. Das Problem ist mindestens so komplex wie die früheren Fragen. Die historische Erfahrung zeigt, dass «Hilferufe» vom Aggressor auch konstruiert werden können. Es darf durchaus wieder ein Vergleich mit dem Kosovo-Krieg gezogen werden. Es ist heute umstritten, ob die US-Rechtfertigung, man habe einen Völkermord verhindern wollen und sei von den zum Tod geweihten Kosovaren um Hilfe gerufen worden, einer objektiven Prüfung standhält (vgl. GMS Jahresschrift 2023, erscheint im September 2022). Die gleiche Sorgfalt der Wertung muss auch im Fall Donbass angewendet werden, ausser man sei der Meinung, dass, wenn zwei dasselbe tun, es nie dasselbe sei. Zu berücksichtigen wäre auch, dass die von der Nato geführten Luftschläge gegen Serbien vor allem zivile Einrichtungen zum Ziel hatten, um den Widerstandswillen der Bevölkerung zu brechen. Das führte kaum zu internationalen Protesten und nicht zu Wirtschaftssanktionen gegen die Nato-Staaten. Das 3. serbische Korps im Kosovo blieb unbehelligt. Die russische Kampfführung in der Ukraine müsste in gleicher vorbehaltloser Weise analysiert werden. Die gleiche Forderung beträfe die ukrainische Seite. Inzwischen hat Amnesty International erste Schritte in diese Richtung vollzogen und erschreckende Ergebnisse aufgedeckt.

Zwei offene Fragen

1. Ich frage mich, warum die angesprochenen Aspekte des Präventivkriegs und vergleichbare bisherige und aktuelle Aktionen der USA bisher von russischer Seite propagandistisch kaum genutzt wurden. Auch wenn die Veröffentlichungen in russischen Medien im Westen nicht zur Kenntnis genommen oder gezielt unterdrückt werden, gäbe es Möglichkeiten. Dabei müssten von der Moskauer Regierung die wahren strategischen Ziele offen deklariert werden. Es müssten die Schlagworte «Entmilitarisierung und Entnazifizierung» der Ukraine entschlüsselt werden. Insbesondere müsste sich daraus stringenter ergeben, was einen integralen Angriff auf einen souveränen Staat, den Versuch, dessen Regierung zu stürzen und das Land zu filetieren, rechtfertigt, statt einer begrenzten Intervention zugunsten bedrängter Sezessionisten. Hätte sich die offene russische Intervention nach erfolgter Auslösung der ukrainischen Offensive auf die beiden Donbass-Oblaste beschränkt, so wäre die Reaktion des Westens wahrscheinlich anders ausgefallen. Dieses Delta der Verhältnismässigkeit ist in jedem Fall irritierend. So bleibt die alles vergiftende Befürchtung des Westens und insbesondere der Zwischenzone Ost, Moskau wolle alle verlorenen Gebiete der ehemaligen Sowjetunion wieder «heim ins Reich» holen. Das traditionelle «Feindbild Moskau» erhielt durch die «Spezialoperation» neue Nahrung und verhindert seither die Wiederaufnahme der in den 1990er Jahren angestossenen Diskussion einer Sicherheitszone Europa vom Atlantik bis zum Ural unter gleichberechtigten und saturierten Partnern. Im Gegenzug müsste das strategische Ziel der USA-Falken, Russland machtpolitisch zu marginalisieren, einer partnerschaftlichen Alternative wei-

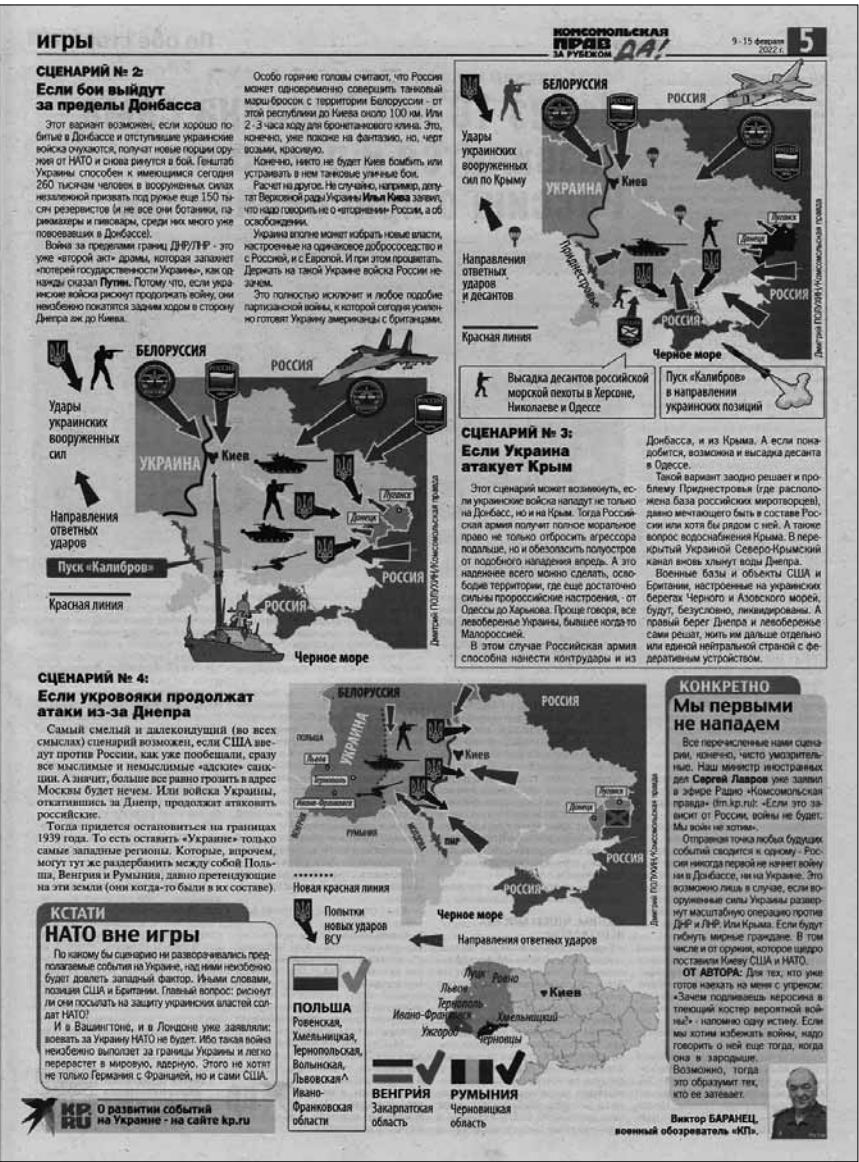
chen. Dann wäre auch die logische Folgerung, die Ukraine führe einen «Stellvertreterkrieg» für verdeckte Nato-Interessen, gegenstandslos. Die Folge wäre ein Überdenken des transatlantischen Verhältnisses und der aktuellen Vassallenschaft der EU, aber auch ein Überdenken der Politik der ukrainischen Führung im Umgang mit ihrer Bevölkerung. Nur schon dieser Problemaufriss zeigt, dass alles sehr komplex ist und das Spiel mit verdeckten Karten und der Lügen beider Seiten unmöglich zu einer nachhaltig friedlichen Verständigung, sondern im Extremfall zu einer nuklearen Selbstzerstörung führen kann.

2. Ich frage mich auch, warum der in meinem Lead erwähnte NZZ-Artikel vom 20. August 2022 von einer liberalen und sich als objektiv verstehenden Zeitung so reissend angekündigt wird: «Der Ukraine-Krieg hat die Europäer aus ihren Blümenträumen von einem neuen ewigen Zeitalter von Vernunft, Dialog und Ausgleich herausgerissen. Nun steht für sie eine schmerzhafteste Lektion der Wiedergewinnung des Politischen an.» Der Text ist in der Folge differenzierter formuliert, räumt aber den bellizistischen Überlegungen «vieler Zeitgenossen» weitgehend ungewertet viel Platz ein. So drängen sich plakative Sätze ins Scheinwerferlicht wie: «Der Krieg hat eine ungeheure Klarheit in die Gedanken gebracht.» «Man weiss nun, wo der Feind steht.» «Mit dem Feind geht man keine innige Verbindung ein.» ... Der «Kronjurist» des Dritten Reiches, Carl Schmitt, verdrängt mit seiner Behauptung, das Freund-Feind-Verhältnis sei die zentrale Bestimmung allen politischen Handelns, jeder relativierende Äusserungen. Die Kritik wird sehr dezent gesetzt: «Der Kontrahent, dem man noch verhandelbare Interessen zubilligen kann, wird zum Verbrecher, zum Verworfenen, zum Barbaren, zum absoluten Feind, der nicht besiegt, sondern vernichtet, zumindest für das Unrecht, das er getan hat, bestraft werden muss. Dies setzt nicht nur einen überlegenen moralischen Standpunkt voraus, sondern vor allem die Erringung eines Macht- und Gewaltmonopols, dem nichts mehr entgegengesetzt werden kann. Ob dies überhaupt ein erstrebenswerter Zustand wäre, bleibe dahingestellt.» So bleiben faschistische Feststellungen weitgehend ungewertet: Erst die Verteufelung der Klimaleugner führe zu einer wirksamen Klimapolitik, und die gesellschaftliche Ächtung der Fremdenfeinde und Rassistens ermögliche eine verantwortungsvolle Migrationspolitik.

Konsequenterweise ist das Mundtotmachen von sogenannten «Putinverstehern» die wirkungsvolle Verteidigung der eigenen Wertegemeinschaft und die Legitimation einer richtigen Aussenpolitik. Aber das ist nationalsozialistisches Gedankengut, und wohin dieses Freund-Feind-Bild führt, zeigen Aufhebverbote russischer Komponisten, Verbote russischer Bücher in der Ukraine und geplante Einreiseverbote für russische Staatsbürger in Sippenhaft. Der Schriftsteller Ilija Trojanow hat es meines Erachtens in seiner Rede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele richtig gesagt: «Nationalismus führt zu Krieg und verwirrt das Denken.»

Fazit

Ich habe versucht, den Weg der objektiven historischen Analyse mit dem Ansatz der Präventivkriegstheorie und die sich daraus ergebenden Problemfelder aufzuzeigen. Selbstverständlich ist es zu früh, um dies umfassend vorzunehmen, da wir keinen Zugang zu den relevanten Quellen haben. Zudem sehe ich zurzeit keine Chance dazu. Zu festgefahren sind die Standpunkte beider Parteien, und viel zu viele Opfer hat dieser Konflikt bisher verursacht. Wenn man nicht will, dass sich der Krieg bis zur Niederlage einer Seite oder zur Ermattung beider Seiten fortsetzt, so müsste meines Erachtens zunächst bei beiden Kriegsparteien durch eine geeignete Persönlichkeit sondiert werden, ob politischer Spielraum für Vorverhandlungen besteht und eine Chance bestünde für spätere Verhandlungen. Hierfür braucht es aber von beiden Seiten Zeichen des guten Willens. Insbesondere scheint mir die amerikanische Politik die wichtigsten Schlüssel zur Lösung in den Händen zu haben. Auch wenn es zu früh ist, eine historische Analyse vorzunehmen, so ist es nie zu früh, vom Schema «hier die Guten – dort die Bösen» abzuweichen und einzusehen, dass auch Einäugige sehen, ihnen aber die Tiefenschärfe fehlt.



Den russischen Nachrichtendiensten blieb die ukrainische Truppenkonzentration nicht verborgen, und die sich abzeichnende Gefahr wurde beispielsweise in der «Komsomolskaja Prawda» vom 9.–15. Februar 2022 in vier möglichen Szenarien der Leserschaft zur Kenntnis gebracht. Von Interesse sind besonders die möglichen ukrainischen Offensiven gegen den Donbass und die Krim. (Bild HRF)

Schweizer Stromversorgung

Politiker erkennen langsam den Ernst der Lage

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Die Gas- und Strompreise schiessen auch in der Schweiz in die Höhe. Im National- und Ständerat, die am 12. September ihre Herbstsession begonnen haben, liegen entsprechende Vorstösse bereit: Finanzhilfen für Haushalte mit geringem Einkommen, ein «Rettungsschirm» für «systemkritische Stromunternehmen» (konkret für den grössten Schweizer Stromkonzern Axpo, der zu 100 % im Eigentum der Nordostschweizer Kantone und ihrer Kraftwerke ist). Ausserdem ergreift die zuständige Ständeratskommission UREK-S dringliche Massnahmen «zur schnellstmöglichen Erhöhung der Winterstromproduktion aus erneuerbaren Energien», in dieselbe Richtung geht eine Forderung des Schweizerischen Gewerbeverbands sgV. Für diesen steht derzeit an erster Stelle der Schutz der KMU vor astronomischen Strompreisen, oder anders gesagt, die Rettung Tausender von Arbeitsplätzen und die Abwendung einer Konkurswelle.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Chef-in des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK, läutete ihre Energiesparkkampagne unter dem Motto «Nicht verschwenden!» mit den emotionalen, aber unzutreffenden Worten ein: «Der Krieg in der Ukraine führt dazu, dass Energie knapp wird – auch in der Schweiz. Dies trifft uns alle, die Bevölkerung genauso wie unsere Firmen.»¹ Erstens ist der zu befürchtende Gasmangel nicht dem Ukraine-Krieg zuzuschreiben, sondern der künstlichen Verknappung fossiler Energien durch die anglo-amerikanischen Öl- und Gas-Multis und die Golf-Staaten. Die europäischen Regierungen, inklusive die schweizerische, setzen mit ihren einzigartig scharfen Sanktionen gegen Russland noch eins drauf: Sie nehmen es wissentlich und willentlich in Kauf, dass der seit Jahrzehnten zuverlässig strömende russische Öl- und Gasfluss ins Stocken kommt oder ganz versiegt. Zweitens ist der drohende Strommangel im Winter hausgemacht und seit Jahren bekannt, dieses Jahr verstärkt durch den vermutlichen Wegfall von französischem KKW-Strom, mit dem die Schweiz jeweils im Winter ihre Stromlücken füllt. Frankreich dürfte Schwierigkeiten haben, genug Uran für seine 56 KKW zu beschaffen, weil Uran-Lieferungen aus Russland im EU-Raum offiziell verpönt sind (aber offenbar zum Teil hintenherum trotzdem bezogen werden²). Ausserdem profitieren die französischen KKW von den hohen Strompreisen, zu denen sie mit ihren Schliessungen beitragen.

Wissentlich und willentlich lassen es unsere Regierungen zu, dass ihre Bevölkerung und die Unternehmen in eine Energiemangel-lage hineinlaufen werden. Wie würde Obelix sagen? Die spinnen, die Europäer!

Freiflächen-Solaranlagen in Walliser Hochtälern

Dass die Schweiz viel zu langsam voran- kommt mit dem Ausbau erneuerbarer Ener- gien, war schon lange vor dem Ukraine-Krieg bekannt. Nun kommt aber Bewegung in die Sache. Über die Parteigrenzen hinweg setzen sich die Walliser Peter Bodenmann (alt Präsi- dent der SP Schweiz), Pascal Couchepin (alt Bundesrat, FDP) und Oskar Freysinger (alt Nationalrat und alt Walliser Regierungsrat, SVP) für vorerst zwei Solarprojekte in unbe- wohnten, sonnigen Hochtälern auf dem Ter- ritorium der Gemeinden Gondo und Grengi- ols ein.

Diesen Faden hat die Kommission für Um- welt, Raumplanung und Energie UREK des Ständerats zügig aufgegriffen. Sie beschloss am 29. August, «die rechtlichen Grundla- gen für einen forcierten Ausbau der Photo- voltaik [...] zu schaffen.» Für «Anlagen mit einem hohen Anteil von Winterstromproduk- tion, wie sie insbesondere im alpinen Ge- lände denkbar sind», sollen bei einer geplan- ten jährlichen Produktion von über 20 GWh rasche und unkomplizierte Bewilligungsver- fahren vorgesehen werden. Insbesondere soll «das Interesse an ihrer Realisierung anderen Interessen von nationaler und kantonaler Be- deutung» vorgehen. «Vorausgesetzt wird die Zustimmung der Grundeigentümer und Stand-



Solaranlage bei Gondo im Wallis. (Bild gondosolar)

«Wissentlich und willentlich lassen es unsere Regierungen zu, dass ihre Bevölkerung und die Unternehmen in eine Energiemangellage hinein- laufen werden. Wie würde Obelix sagen? Die spinnen, die Europäer!»

ortgemeinden. Der Bund fördert diese Anla- gen zudem mit einem Investitionsbeitrag.»³ In Gondo und Grengiols sind die Eigentümer und die Gemeinden selbstredend einverstan- den, denn sie kämen zu günstigem Strom und zu Abgaben für die Standortgemeinden. Wei- tere Berggemeinden würden sicher folgen, und wenn die Bundesbeiträge einigermassen kostendeckend ausfallen, werden die Schwei- zer Stromkonzerne auch bereit sein zu inve- stieren. Hingegen haben sich Pro Natura und die Stiftung Landschaftsschutz bereits gemel- det und verlangen eine stärkere Berücksichti- gung der Umweltinteressen.⁴

Vorrang der erneuerbaren Energien: ein Paradigmenwechsel

Am 9. September 2022 stimmte eine deut- liche Mehrheit der UREK-S (9 zu 2 Stim- men bei 2 Enthaltungen) den bundesrätlichen Vorschlägen zur Revision des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes mit Vorbehalt zu und fügte substantielle Änderungen ein. Während die zuständige Bundesrätin Simo- netta Sommaruga die versprochene «Straf- fung des Bewilligungsverfahrens» nicht in den Gesetzesentwurf setzte, hält es die Stän-

derats-Kommission beim Ausbau der erneu- erbaren Energien «für notwendig, rascher zu handeln und weiterzugehen» als der Bundes- rat.⁵ Zur schnelleren Erreichung höherer Ziel- werte für die Stromerzeugung aus erneuerba- ren Energien beschloss die Kommission mit 8 zu 5 Stimmen, «dass die Erfüllung dieser Ausbauziele Vorrang gegenüber dem Um- weltrecht geniessen soll und nicht von des- sen Vorschriften erschwert werden darf». Der Ständerat hat am 15. September diesem Vor- schlag als dringliches Bundesgesetz mit 32 Ja zu 9 Nein bei 4 Enthaltungen zugestimmt. Damit hat er einen eigentlichen Paradigmen- wechsel eingeläutet. In einer Stromman- gellage müsste die Energieversorgung der Bevölkerung – unter bestimmten Bedingun- gen – von der Verwaltung und den Gerich- ten höher gewertet werden als der Schutz der Landschaft und der Umwelt. Jetzt ist der Na- tionalrat am Zug.

In dieselbe Richtung gehen die Vorschläge des Schweizerischen Gewerbeverbands sgV vom 12. September: «Der Bau von Klein- anlagen aller nachhaltigen Technologien auf Haushaltsebene müsse bewilligungsfrei er- folgen. Grossprojekte der Wasser- und Wind-

«Das Geschäft mit Bitcoins basiert auf Rechnern, die unfassbar viel Computerleistung benötigen und entsprechend Strom fressen. Eine einzige Bitcoin-Transaktion verbraucht so viel Strom wie ein Haus- halt in eineinhalb Monaten. Der weltweite Bitcoin-Stromverbrauch entspricht etwa dem doppelten Verbrauch der Schweiz.» (Paul Niggli, Ex-Krisenmanager der Swissgrid)

Frieren im Wohnzimmer oder Bitcoin verbieten?

mw. Vorausschickend sei gesagt, dass es uns wohlstandsverwöhnten Nach- kriegsgenerationen ganz gut tut, uns ab und zu ernsthafte Gedanken über die Verschwendung von Ressourcen zu machen. Viele von uns tun dies schon seit längerem und sind auch lernbereit. Aber wenn der Bundesrat und die Tages- zeitungen uns weismachen wollen, mit kürzerem Duschen und niedrigerer Heiz- temperatur könnten wir eine Energie- mangellage verhindern oder gar «mit- helfen, Putin im Donbass das Handwerk zu legen und in der Heimat dafür zu sor- gen, dass niemand ein kaltes Bett hat», dann vermischt man Chruut und Rüebli miteinander und manipuliert die Men- schen aufs Übelste.

Wussten Sie übrigens, wieviel Strom mit einem Bitcoin-Verbot gespart wer- den könnte? Ex-Swissgrid-Krisenma- nager Paul Niggli: «Wir sollten Bitcoins verbieten. Ich bin schockiert, dass noch

niemand auf diese Idee gekommen ist. Das Geschäft mit Bitcoins basiert auf Rechnern, die unfassbar viel Computer- leistung benötigen und entsprechend Strom fressen. Eine einzige Bitcoin-Trans- aktion verbraucht so viel Strom wie ein Haushalt in eineinhalb Monaten. Der weltweite Bitcoin-Stromverbrauch ent- spricht etwa dem doppelten Verbrauch der Schweiz.» (Hervorhebung mw) Und wir «gewöhnlichen Leute», die nicht mit der grossen Kelle Spekulationsgewinne einfahren, sondern mit unserem Lohn oder der Rente haushalten müssen, wir sollen frieren im Wohnzimmer?

Quellen: Kälin, Karl. «Man müsste Pflicht- lager vorschreiben.» In: Walliser Bote vom 24.8.2022

Neff, Benedict. «Duschen zu zweit und Dek- kel auf den Topf – mit ihren Energietipps lenkt die Regierung von eigenen Versäüm- nissen ab». In: Neue Zürcher Zeitung vom 14.9.2022

kraft müssten vom Einspracheverfahren aus- genommen werden.» Denn die Unsicherheit der Energieversorgung, verbunden mit den «geradezu explodierenden Strompreisen», erlaubt laut dem sgV «im Hinblick auf das wirtschaftliche Überleben einiger KMU kei- nen Aufschub mehr».⁶

Sensationelles Nein zur «Öffnung» des Schweizer Strommarktes

Ein weiterer Beschluss der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats (UREK-S) ist geradezu sensatio- nell! In ihrer Medienmitteilung vom 9. Sep- tember spricht sich die Kommission «gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene vollstän- dige Strommarktöffnung aus». Die Begrün- dung der UREK-S: «Die Kommission hat bei ihren Arbeiten festgestellt, dass eine vollstän- dige Marktöffnung nicht mehrheitsfähig ist und in Anbetracht der aktuellen Lage keinen Sinn macht.»

Das bedeutet nichts weniger als ein «Nein!» zur von Brüssel verlangten und vom Bundes- rat seit mehr als 20 Jahren angestrebten völ- ligen Privatisierung des Service public im Strombereich. Oder anders gesagt: Es bedeu- tet das Aus für ein Stromabkommen mit der EU. Ein «institutionelles Dach», wie es Brüs- sel der Schweiz aufdrücken will, entschwebt in weitere Ferne. Hier tut ein Blick zurück not.

Vor 20 Jahren stoppte das Schweizervolk den raschen Durchmarsch nach Brüssel

Im Jahr 2000 stimmten der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit dem Elektrizitäts- marktgesetz (EMG) zu, einem reinen Libe- ralisierungsgesetz gemäss EU-Richtlinien, ohne Schutz der Versorgungssicherheit und ohne Preisregulierung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB ergriff damals al- lein das Referendum. Am 22. September 2002 sagte das Stimmvolk mit 52,6 Prozent Stimmen nein zum Ausverkauf der Schwei- zer Kraftwerke. Der Bundesrat und die Parla- mentsmehrheit, die schon damals wie Chün- geli auf die EU-Schlange starteten, statt sich an den Volkswillen zu halten, verfassten we- nige Jahre später ein Gesetz mit teilweiser Marktöffnung, das seit 2009 gilt. Ein zwei- tes Mal 50 000 Unterschriften zu sammeln, hatte niemand mehr Lust – so würgt man die direkte Demokratie ab! In einem «er- sten Schritt» (auch «Salamitaktik» genannt) können seit damals die Grossverbraucher (ab 100 000 kWh pro Jahr) ihren Lieferanten sel- ber auswählen (also ihren Strom auf dem «freien» Markt einkaufen), während Haus- halte und kleine Betriebe in der staatlich ge- währleisteten Grundversorgung blieben. Die Betriebe hatten aber auch die Möglichkeit, ebenfalls in der Grundversorgung zu bleiben, was viele KMU taten. Hingegen konnte ein Unternehmen, wenn es sich einmal für den Markt entschieden hatte, bisher nicht zurück- kehren in die Grundversorgung.

Viele Jahre lang rechnete sich das Modell der «teilweisen Marktöffnung» für die KMU, die diesen Weg gewählt hatten, während die Unternehmen und Haushalte in der Grundver- sorgung ihre Lieferanten und damit auch die Stromtarife – die sich nach den Gestehungs- kosten richteten – nicht auswählen konnten. Der Bundesrat peilt schon länger die zweite Salamischeibe an: völlige Öffnung des Strom- marktes, das heisst freie Wahl des Stromliefe- ranten auch für Haushalte und kleine Unter- nehmen. O-Ton Bundesrat: «Der Bundesrat verspricht sich von der Neugestaltung des Strommarkts eine Stärkung der dezentralen Stromproduktion und damit eine bessere In- tegration der erneuerbaren Energien in den Strommarkt.»⁷ Absurder geht's nicht!

Schweizer Stromversorgung als ureigener Service public

Die Schweizer Kraftwerks-Gesellschaften, auch die grossen wie Axpo und Alpic, vor allem aber die zahlreichen kleinen, sind seit jeher fast ausschliesslich im Eigentum der öffentlichen Hand, also in erster Linie der Kantone und Gemeinden. Viele Gemeinden betreiben auf ihrem Boden ein eigenes Was-

Schweizer Maturität – quo vadis?

von Dr. phil. René Roca, Gymnasiallehrer

Praktisch geräuschlos läuft im Moment eine Vernehmlassung im Rahmen der sogenannten «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» (WEGM). In einem ersten Schritt geht es um die Reform des Maturitätsanerkennung-Reglements resp. der -Verordnung (MAR/MAV, im Grunde deckungsgleich). Ein weiterer Reformschritt wird in einem Jahr folgen, wenn es um einen neuen gesamtschweizerischen Rahmenlehrplan (RLP) gehen wird, wofür lediglich noch eine «Anhörung» geplant ist. Wieso diese Reformen?

Reformen ohne Not

Die massgebenden Akteure dieses Reformprozesses, das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), begründen die Reformschritte damit, dass sich «das schweizerische Bildungssystem in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert» habe. Das ist durchaus der Fall. In diesem Kontext wird explizit auf das HarmoS-Konkordat, auf die neuen sprachregionalen Lehrpläne der obligatorischen Schule (u. a. Lehrplan 21) und auf den Bologna-Prozess an den Hochschulen verwiesen. Als «letzter Baustein» muss nun noch die Sekundarstufe II, also neben den Berufsschulen und dem KV auch die Maturitätsschulen ins neue System «eingepasst» werden. Diese Einpassung, so WBF und EDK, sei nötig, da sich die Grundlage der gymnasialen Ausbildung seit der letzten Reform 1995 kaum weiterentwickelt habe. Zudem werden «Megatrends» wie die Globalisierung und Digitalisierung als Rechtfertigung für die WEGM angeführt, um Reformkritiker gleich vorweg als Ewiggestrige und Technikfeinde abzukanzeln. Die WEGM erfolgt notabene zu einem Zeit-



Gymnasiasten im Chemieunterricht. (Bild caro)

punkt, der die gravierenden Mängel und katastrophalen Auswirkungen der oben erwähnten Reformen deutlich vor Augen führt und deshalb immer mehr Kritiker auf den Plan ruft, die mittlerweile auch in den Medien Gehör finden.

In den letzten 25 Jahren gab es immer wieder sinnvolle Teilrevisionen des MAR (zum Beispiel Einführung von Informatik als obligatorisches Fach). Eine grundlegende Reform ist absolut nicht zwingend, die Reform erfolgt also ohne Not.

Ausrichtung auf Kompetenzen

Die Schweizer Maturität hat weltweit vorläufig noch einen sehr guten Ruf. Wieso aber werden die Reformen trotzdem durchgeführt? Insgesamt unterwirft sich die WEGM unkritisch den genannten «Me-

gatrends», um eine Internationalisierung der Bildung zu erreichen. Sie ist letztlich eine blosser Anpassung an das bereits gescheiterte angelsächsische Modell, das den Fokus nur noch auf Kompetenzen legt und den Bildungs- und Wissensbegriff weiter entleert. So wird die Ausrichtung auf Kompetenzen im MAR erstmals erwähnt und initialisiert; für den neuen, völlig überfrachteten RLP sind Kompetenzen schlicht die Grundlage. Wohin führt das? Entscheidend für ein Gelingen des Bildungsprozesses ist die zentrale Rolle der Lehrperson; diese wird aber mit den Reformen weiter geschwächt. Zweifellos führen diese auch zu mehr Kontrolle und Steuerung, also zu mehr Gängelung von oben und einer Vertiefung der Top-Down-Strategie. Das ist gut für die Bildungsbürokratie des Bundes und der Kantone, aber schlecht für die Lehr-

personen. Die nächsten Reformschritte, so etwa die grundsätzliche Infragestellung des Fächerkanons (ähnlich wie bei der KV-Reform), sind schon in der Pipeline.

Ablehnung der WEGM – eine Grundsatzdiskussion ist nötig

Die ganze Reform läuft nach einem bewährten Strickmuster ab: Ein überrissenes Reformpaket wird durch kurzfristig terminierte «Konsultationen» und eine Vernehmlassung gejagt. Das Paket wird dann etwas abgespeckt, der Rest wird aber durchgedrückt, ein letztlich intransparentes und undemokratisches Verfahren. Was tun?

Falls das erste Ziel der gymnasialen Maturität, nämlich der «prüfungsfreie Zugang zu den universitären und pädagogischen Hochschulen» schweizweit auf lange Sicht weiterhin erreicht werden soll, müssen die bisherigen Reformen der Volksschule und auch der «Bologna-Prozess» an den Hochschulen kritisch hinterfragt werden. Die alleinige Fixierung auf letztlich ideologisch motivierte «Kompetenzen» ist zu revidieren und Lernziele sind wieder mit einem vernünftigen Wissensbegriff klarer zu fassen. Nur so kann ein humanistischer Bildungsbegriff zurück gewonnen werden, der die Qualität der Gymnasien langfristig sichert und die kontinuierliche Niveausenkung stoppt. Zudem würde so auch das zweite Ziel der gymnasialen Maturität, die «vertiefte Gesellschaftsreife», wieder in greifbarere Nähe rücken.

Die Vernehmlassung zur MAR-Reform läuft bis Ende September 2022. Wie bei jeder Vernehmlassung kann sich jede Schweizerbürgerin/jeder Schweizerbürger dazu äussern. Die Vernehmlassungsunterlagen findet man unter: www.matu2023.ch

«Schweizer Stromversorgung»

Fortsetzung von Seite 10

serkraftwerk und liefern den Haushalten im Ort ihren Strom. Wenn sie nicht genug Strom für ihre Bezüge haben, müssen sie ihn auf dem Markt zukaufen. Auch der Grosskonzern Axpo gehört zu 100 Prozent der öffentlichen Hand, ist aber gleichzeitig ein multilaterales Unternehmen, das heisst, Axpo investiert zum Beispiel in Windkraftwerke an der Nordsee und ist in vielen Ländern im Geschäft. Einige grosse Konzerne sind zum Teil an der Börse, aber das ist die Ausnahme.

Für die Strom-Grundversorgung bedeutet dieses vielfältige Geflecht, dass die Tarife der einzelnen Lieferanten nicht für alle Schweizer Haushalte gleich hoch sind. Der Bund schreibt im Stromversorgungsgesetz die Pflicht der rund 630 Netzbetreiber zur Sicherstellung der Versorgung fest sowie genaue Vorschriften zur Tarifberechnung. Die Tarife müssen der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ElCom gemeldet werden, die sie im Voraus veröffentlicht. Aber, so schreibt die ElCom: «Die Preise variieren innerhalb der Schweiz zwischen den Netzbetreibern jedoch zum Teil erheblich, was vor allem auf grosse Unterschiede bei der Energiebeschaffung (Anteil Eigenproduktion, Beschaffungsstrategie) zurückzuführen ist.» 2023 werden die Strompreise in der Grundversorgung für Haushalte im Durchschnitt um 27 % steigen. «Die Unterschiede können lokal jedoch sehr viel höher ausfallen», so die ElCom.⁸ Zu ergänzen ist: Wegen der starken Zunahme der E-Mobilität und einer ungebremsten Zuwanderung sind die regionalen Kraftwerks-gesellschaften gezwungen, immer mehr Strom dazuzukaufen. Trotzdem ist das Schweizer Stromsystem, vor allem die Wasserkraftwerks-Gesellschaften, immer noch ein grosses Stück weit im Boden verwurzelt. Ihre Einbindung in den EU-Markt, aber auch eine Vereinheitlichung der Stromtarife durch den Bund würden nicht zum kleinräumigen, föderalen System passen. Service public heisst – mit Ausnahme der Briefmarken – nicht unbedingt, dass er überall im Land gleich teuer ist.

Viele KMU wollen zurück in die Grundversorgung

In der heutigen Lage der Stromknappheit und der in die Höhe schnellenden Strom-

«In ihrer Medienmitteilung vom 9. September spricht sich die Kommission gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene vollständige Strommarktöffnung aus». [...] Das bedeutet nichts weniger als ein «Nein!» zur von Brüssel verlangten und vom Bundesrat seit mehr als 20 Jahren angestrebten völligen Privatisierung des Service public im Strombereich. Oder anders gesagt: Es bedeutet das Aus für ein Stromabkommen mit der EU. Ein «institutionelles Dach», wie es Brüssel der Schweiz aufdrücken will, entschwebt in weitere Ferne.»

kosten zeigt sich das Modell der Grundversorgung als klar überlegen, viele Schweizer KMU kommen an ihre Limite und wollen zurück in die Grundversorgung. So zum Beispiel Fabio Regazzi, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, Mitte-Nationalrat und Rolladenhersteller aus Gordola im Kanton Tessin. Seine Firma beschäftigt 140 Mitarbeiter und setzt im Jahr rund 25 Mio. Franken um. Sein Familienbetrieb ist seit seiner Gründung vor gut 75 Jahren Kunde bei der Società Elettrica Sopracenerina (SES). Als der Schweizer Strommarkt 2009 für mittlere Unternehmen geöffnet wurde, blieb Fabio Regazzi weiterhin Kunde der SES, wählte aber dort das attraktivere Angebot des «freien» Marktes. 2022 zahlt sein Unternehmen 60 000 Franken für den Strom. Nun läuft sein vierjähriger Vertrag aus, und der Stromanbieter verlangt für 2023 sage und schreibe eine Million! Wenn er keine Lösung finde, so Regazzi, müsse er Stellen abbauen.⁹ Etwa 22 000 Schweizer Firmen sind laut Tagespresse in einer ähnlich schwierigen Situation.

Deshalb schlägt der Schweizerische Gewerbeverband sgV eine Regelung vor, wonach Unternehmen auf eigenen Wunsch aus dem sogenannten freien Strommarkt in die Grundversorgung zurückkehren können. Um ein ständiges Hin und Her, je nach Marktpreisen, zu verhindern, müssten sie gewisse Auflagen einhalten, zum Beispiel eine Vorlaufzeit von einem Jahr und nach einem Wechsel in die Grundversorgung müssten sie für mindestens 3 Jahre dort verbleiben.¹⁰

Es schläckt's kä Geiss weg: Der Service public und die direkte Demokratie sind der Internationalisierung und Gewinnorien-

tierung haushoch überlegen. Das Schweizer Stimmvolk wird bei der Gestaltung der Stromversorgung noch ein Wörtchen mitzureden haben!

¹ <https://www.energieschweiz.ch/programme/nicht-verschwenden/spartipps-privathaushalte/>

² «Uran aus Russland: Kein Gas, dafür Uran. Frankreichs Atomindustrie ist auf russische Lieferungen angewiesen». In: Zeit online vom 13.9.2022

³ «Dringliche Massnahmen zur Erhöhung der Winterstromproduktion». Medienmitteilung der UREK-S vom 29.8.2022

⁴ Bühler, Stefan. «Solar-Revolution: Bergler im Goldrausch». In: Walliser Bote vom 30.8.2022

⁵ «Stärkung der Versorgungssicherheit mit ambitionierten Zielen für einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien». Medienmitteilung der UREK-S vom 9.9.2022

⁶ Schweizerischer Gewerbeverband sgV. «Massnahmen zur Bewältigung der Stromkrise – es muss rasch gehandelt werden». Medienmitteilung vom 12.9.2022

⁷ <https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/energie/oeffnung-strommarkt.html>

⁸ «Stark steigende Strompreise 2023». Medienmitteilung der Eidgenössischen Elektrizitätskommission vom 6.9.2022

⁹ Müller, Myrte. «1600 Prozent mehr für den Strom!» In: Blick vom 10.9.2022

¹⁰ Schweizerischer Gewerbeverband sgV. «Massnahmen zur Bewältigung der Stromkrise – es muss rasch gehandelt werden». Medienmitteilung vom 12.9.2022

Die Ernährungsfrage und der Umweltschutz

von Hans Bieri, Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL)

Dass das Hochpreissegment «Bio» im Bereich der Ernährung sich auf Kosten der Ernährungsgrundlage der Armen dieser Welt auswirke, weist der Schweizer Agrarwissenschaftler Urs Niggli zurück («Es hungern keine Menschen in Afrika, weil wir Bioprodukte essen», in: «Neue Zürcher Zeitung» vom 8.8.2022).

Inzwischen werden – als Beispiel – fast 20 Millionen Hektaren der besten ukrainischen Böden mit modernster Technologie von westlichen Investoren für den Export von billigem Getreide in den Maghreb und nach Afrika genutzt. Der Weltagrarbericht von 2008 kritisiert diese Entwicklung, welche ausgehend von agrarischen Vorzugsgebieten mit modernster Technik die einheimische Landwirtschaft im Maghreb und in Afrika schädigt und damit bisherige Formen der lokalen Versorgung zerstört.

Damit sind die Störungsanfälligkeiten geschaffen worden, die nun zum Beispiel im Ukraine-Krieg durchschlagen. Nur sollte man nicht nur den Krieg in der Ukraine, sondern

zur Hauptsache auch die Zerstörung der irakischen Getreidekulturen im Irak-Krieg, die Zerstörungen in Libyen und Syrien erwähnen, zumal die Landwirtschaft dieser Länder nicht erst über den Billigimport, sondern zuvor militärisch direkt und gezielt geschädigt wurde.

Die Ernährungsfrage ist mit der Ökologiefrage verbunden. Dabei geht es nicht nur um die Verschlechterung der natürlichen Produktionsgrundlagen im Zusammenhang mit der weltweiten Unterbezahlung der Landwirtschaft, sondern auch um das Klima als eine der Rückwirkungen, die den nichtnachhaltigen Umgang mit den wirtschaftlichen Produktions- und Lebensgrundlagen aufzeigen.

Die Frage ist, warum man nicht bei den naheliegenden Möglichkeiten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reorganisation zugunsten ausreichender Einkommen der bäuerlichen Landwirtschaft oder bei der Rekultivierung der zerstörten Naturgrundlage (Begrünung der Wüsten) ansetzt? Der Vorschlag, statt dessen die Natur genetisch umzubauen, ist überraschend «konventionell».

Neutrale und unparteiliche humanitäre Arbeit rettet Leben!

Warum es gerade jetzt so wichtig ist, über die Rotkreuzgrundsätze zu sprechen

von Eva Funk*

Die Falschmeldungen über den Einsatz des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz* (IKRK) und die emotional höchst aufgeladenen Debatten, vor allem auf den Sozialen Medien, haben grosse Verunsicherung ausgelöst. Um so wichtiger ist es, dass wir uns über die Grundsätze verständigen, welche die Basis unserer Hilfe für die Verletzlichsten bilden – dass wir sie verstehen und wissen, warum unsere Bewegung und unser Engagement zu jeder Zeit neutral und unparteiisch bleiben muss.

Die Rotkreuzbewegung leistet im Ukraine-Konflikt und in den sich daraus ergebenden humanitären Notlagen neutrale, unparteiliche und unabhängige humanitäre Hilfe. Wir handeln, ohne Partei zu ergreifen, und enthalten uns jeglicher Wertung. Wir unterstützen hilfsbedürftige Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Nationalität oder politischen Überzeugung. Im Vordergrund stehen immer und zu jeder Zeit die Verletzlichsten.

Diese Haltung gemäss unseren Rotkreuzgrundsätzen (insbesondere hier die Unparteilichkeit und Neutralität) ist immens wichtig, damit Hilfeleistende wie das *Ukrainische Rote Kreuz*, das IKRK und unsere Partner aus der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung weiterhin Zugang zur Zivilbevölkerung erhalten und dort Hilfe leisten können, wo sie am dringendsten benötigt wird.

- Der Rotkreuzgrundsatz der Unparteilichkeit bedeutet, dass allein das Ausmass der Not bzw. Bedürftigkeit für unsere Hilfeleistung relevant ist. Unsere Hilfe gilt un-



Das Rote Kreuz leistet in Notlagen neutrale, unparteiliche und unabhängige Hilfe. (Bild «Ready for redcross», S. 29)

Die 7 Rotkreuzgrundsätze

Die Arbeit aller Mitglieder der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung beruht auf denselben Prinzipien: Den sieben Rotkreuzgrundsätzen Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Sie sind Ausdruck unserer Werte und Ideale. Sie geben Orientierung und schaffen Vertrauen. Vor allem aber sind sie ein Aufruf zum Handeln: das Leben, die Gesundheit und die Würde von Menschen überall und zu jeder Zeit zu schützen und ihnen in Notsituationen beizustehen.

terschiedslos für alle Menschen, die sie benötigen.

- Unsere Neutralität ist vor allem in Konfliktsituationen Voraussetzung dafür, dass wir allen betroffenen Menschen Hilfe leisten können – egal, auf welcher Seite sie sich befinden. Sie stellt sicher, dass wir lebenswichtige humanitäre Massnahmen dort durchführen können, wo sie nötig sind. Neutralität und Unparteilichkeit sind keine abstrakten Konzepte oder schöngestigten Werte. Sie sind die unerlässliche Grundlage unserer humanitären Arbeit zugunsten der Verletzlichsten – sie erfordern Respekt und schaffen Vertrauen. Sie ermöglichen dem Roten Kreuz, in einem bewaffneten Konflikt

die Zivilbevölkerung zu erreichen und ihr zu helfen.

Sie müssen sich deshalb in allen unseren Aktivitäten und Entscheidungen, aber auch

in unserer Kommunikation widerspiegeln, insbesondere auch in der Sprach- und Bildwahl. Zum Beispiel vermeiden wir es, durch Symbole (bspw. Nationalflaggen, bestimmte Farben oder Sujets) oder bestimmte Begriffe Partei zu ergreifen.

- Beispiele in der aktuellen Ukraine-Krise:
- Wir verzichten auf die Farben Gelb und Blau.
 - Keine Postings mit Hashtags wie *#weStandWithUkraine* oder Ähnliches.
 - Wir verzichten auf Begriffe wie «Separatismus», «Besetzung», «Angriffskrieg».
 - Wir verzichten auf Wendungen wie «Wir unterstützen die Ukraine». Besser: «Wir unterstützen verletzte Menschen in der Ukraine» oder «Wir unterstützen geflüchtete Menschen».

Ausserdem ist es wichtig, dass wir uns nach wie vor auch für Verletzte engagieren, deren Schicksale auf Grund der aktuellen Ereignisse aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geraten sind. Wir machen auf die Not in anderen Krisen- und Konfliktgebieten weltweit aufmerksam. Gemäss dem Grundsatz der Unparteilichkeit helfen wir dort, wo unsere Hilfe am dringendsten benötigt wird. Zum Beispiel setzen wir uns für die Rechte, den Schutz und die Würde aller Geflüchteten in der Schweiz ein – unabhängig ihrer Herkunft, Nationalität, Religionszugehörigkeit oder ihres Aufenthaltsstatus. Wir engagieren uns für die Gleichbehandlung geflüchteter Menschen und priorisieren, wo der Bedarf und die Verletzlichkeit am grössten sind. Unser Engagement für Menschen aus der Ukraine darf nicht zulasten verletzlicher Menschen auf der Flucht aus anderen Krisengebieten gehen.

* Eva Funk, Spezialistin Diffusion beim Schweizerischen Roten Kreuz

Quelle: «Ready for red cross 2, 2022» (SRK Jugendmagazin), S. 28f.

Das Humanitäre Völkerrecht

Kriege und bewaffnete Konflikte haben für die betroffene Bevölkerung dramatische Folgen. Das Humanitäre Völkerrecht – auch bekannt als «Kriegsvölkerrecht» oder «Recht des bewaffneten Konfliktes» – setzt dem Krieg klare Grenzen. Es schützt Zivilpersonen, Verwundete, Kranke, Kriegsgefangene, Internierte,

Schiffbrüchige, Sanitäts- und Seelsorgepersonal sowie zivile Objekte und Einrichtungen wie Spitäler, Ambulanzen, medizinisches Material und Hilfsgüter. Darüber hinaus schränkt es die Mittel der Kriegsführung ein und verbietet den Einsatz bestimmter Waffen, die unnötiges Leid verursachen.

Mexikanische Parlamentarier unterstützen Julian Assange

von Andrea Becerril, Víctor Ballinas und Fernando Camacho

Die Haltung von [Mexikos] Präsident *Andrés Manuel López Obrador*, der US-Regierung entgegenzutreten, und *Julian Assange* Asyl anzubieten, «wird in der ganzen Welt Widerhall finden», betonte der Vater des *WikiLeaks*-Gründers *John Shipton* gestern im Senat während einer Veranstaltung, bei der

Assange zum Ehrengast von Mexiko-Stadt ernannt

gl. Die Regierungschefin der mexikanischen Hauptstadt *Claudia Sheinbaum* ernannte *Julian Assange* symbolisch zum Ehrengast und übergab die Schlüssel der Stadt an seinen Vater und Bruder, die an den Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit Mexikos am 15. und 16. September teilnahmen. Die Stadt Mexiko habe schon immer «die grossen Freiheiten» verteidigt.

Auch die Präsidenten von Chile, Kolumbien und Bolivien haben die Freilassung von Assange gefordert. Am gleichen Tag wurde auch ein offener Brief mit der Forderung von Assanges Freilassung an die neue britische Premierministerin *Liz Truss* publiziert, den *Manuel Zelaya*, Ex-Präsident von Honduras verfasst hat und der von zahlreichen Persönlichkeiten aus Lateinamerika unterzeichnet wurde, darunter von *Fernando Lugo*, Ex-Präsident von Paraguay, und dem Friedensnobelpreisträger *Adolfo Pérez Esquivel*.

Quelle: <https://amerika21.de/print/260055>

Abgeordnete der Morena-Fraktion versprochen, vom Kongress aus für die Freilassung des Journalisten und Aktivisten zu kämpfen.

Später, während einer Diskussion an der Fakultät für Philosophie und Literatur der UNAM, betonte *John Shipton* in Begleitung seines Sohnes *Gabriel*, dass *Julian Assange*, obwohl er sich keines Verbrechens schuldig gemacht hat, seit mehr als 13 Jahren einer «grausamen und unwürdigen Behandlung» ausgesetzt ist, nur weil er die von Washington begangenen Kriegsverbrechen im Irak und in Afghanistan aufgedeckt hat.

Julians Fall sei «ein beunruhigendes Beispiel dafür, wie in der heutigen Welt die Gerechtigkeit mit Füissen getreten werden kann, ohne dass etwas passiert».

In der UNAM sagte *Gabriel Shipton*, dass trotz der Tatsache, dass das Gerichtsverfahren gegen seinen Bruder fehlerhaft sei, er immer noch eine Chance habe, dass der Oberste Gerichtshof Grossbritanniens seine Auslieferung an die Vereinigten Staaten verhindere, nachdem eine entsprechende Berufung vor zwei Wochen zugelassen worden sei.

Im Senat wies er darauf hin, dass in den meisten Parlamenten der Welt Forderungen gestellt wurden, die Anklage gegen Assange fallenzulassen, und er forderte die anwesenden Abgeordneten von Morena auf, in der Verteidigung der Pressefreiheit nicht nachzulassen. Er bat sie, «ihren Kollegen im US-Senat mitzuteilen, wie sie die ungerechte Verfolgung» seines Bruders sehen.

Im Rahmen der Dialoge für Gedanken-, Meinungs- und Pressefreiheit unterstützte die Senatorin *Citlalli Hernández Mora*, Generalsekretärin von Morena, «die ausgestreckte Hand», die die mexikanische Regierung dem Gründer von *WikiLeaks* angeboten hat. Gemeinsam mit Senator *Héctor Vasconcelos* mahnte sie an, den Fall Assange stärker in den öffentlichen Fokus zu rücken und sich dem Kampf anzuschliessen, den *John* und *Gabriel Shipton* seit Jahren für die Freilassung des Journalisten führen.

Hernández Mora betonte, dass Mexiko seit dem 19. Jahrhundert eine weltweite Referenz in bezug auf politisches Asyl ist, und sprach sich dafür aus, dass *Julian Assange* in diesem Land Zuflucht finden sollte, so wie es *José Martí*, *Leo Trotzki*, *Luis Buñuel*, *León Felipe*, *Fidel Castro*, die Familie von *Salvador Allende*, die spanischen Republikaner und alle, die in den vergangenen Jahrzehnten vor lateinamerikanischen Diktaturen geflohen sind, erlebt haben.

Die Aktivistin und Journalistin *Alina Duarte*, die den Besuch der Shiptons in Mexiko organisiert hatte, schloss die Veranstaltung im Senat mit dem Satz: «Wenn wir *Julian Assange* nicht aus dem Gefängnis holen, könnte es morgen jeden von uns treffen».

Quelle: <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/09/14/politica/resuena-el-apoyo-de-mexico-a-julian-assange/> vom 14.9.2022

(Übersetzung Zeit-Fragen)



«Wir müssen aufhören zu glauben, dass es bei *Julian Assange* wirklich um eine Strafuntersuchung wegen Sexualdelikten, Spionage und Hacking geht. Was *WikiLeaks* getan hat, bedroht die politischen und wirtschaftlichen Eliten weltweit gleichermassen. Der Fall Assange zeigt, dass es den Regierungen heute nicht mehr um legitime Vertraulichkeit geht, sondern um die Unterdrückung der Wahrheit zum Schutz von unkontrollierter Macht, Korruption und Strafflosigkeit.

Nils Melzer